3. Jahrgang / Nr. 169

Einzelnummer 25 Pfg.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pf. Durch Austräger 1,50 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat. Postscheckkonto Nr. 23 885 „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H.", Breslau. Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 887.

Mittwoch, den 3. August 1921

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 Mk. auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,40 Mk. Reklamen: Die Millimeterzeile, 3gespalten oder deren Raum im Text 1.— Mk.

Nach dem 3. Weltkongreß.

W. K. Die Delegierten des 3. Kongresses der Kommunistischen Internationale kehren zurück aus einem wochenlangen heißen Kampf der Meinungen, aus einem zähen und heftigen Ringen um die Bewältigung der größten politischen und ökonomischen Weltprobleme. Alle Delegationen haben aus Moskau tiefe, starke Eindrücke mitgenommen, und viel, sehr viel gelernt, oder doch zu lernen begonnen.

Die Hauptstadt der Weltrevolution, der Sitz der ersten Sowjetmacht und der Kommunistischen Internationale ist ihnen zu einem inneren, erhebenden Erlebnis geworden, von dem sie buchstäblich mit tausend Zungen auf dem ganzen Erdenrund begeistert berichten werden. Moskau ist ihnen jetzt mehr als ein zündender Kampfruf oder eine verheißungsvolle, ferne Glorienerscheinung; es ist der Ort, wo die Proletarier den Pulsschlag der Weltgeschichte fühlen und mitempfinden, es ist die Stätte, wo das Weltgericht über die Bourgeoisie seinen Anfang genommen hat, es ist das Kraftzentrum, von dem aus das sich befreiende Proletariat die kapitalistische Welt siegreich aus den Angeln heben wird.

Hier, am Urquell der russischen Revolution, dem Hort der Weltrevolution, erkennt jeder im Zusammenwirken mit Vertretern aller Völker lebendig und kraftvoll das Wirken und die weltumspannende Bedeutung des revolutionären internationalen Kommunismus. So war der erste Gewinn des 3. Weltkongresses die allen greifbare Tatsache, daß wir Kommunisten wirklich schon eine alle Länder fassende internationale Parteiorganisation des revolutionären Proletariats haben; eine Internationale, die nicht nicht nur als Idee in den Köpfen der Führer vorhanden ist, sondern als Massenorganisation, die kämpft, geistig ringt und arbeitet, wie nie eine Internationale gekämpft, gerungen und gearbeitet hat. Die vergangene Internationale trat selbst in ihrer besten Zeit nur alle 4 Jahre einmal zusammen um Kompromißresolutionen zu fabrizieren, nach denen sich jede Partei nur richtete, soweit die Parteileitung diese Resolutionen für ihre Sonderzwecke mißbrauchen konnte, ohne daß jemals eine Kontrolle über die Anerkennung und Durchführung internationaler Resolutionen auch nur versucht wurde. Demgegenüber bewies der 3. Kongreß der Kommunistischen Internationale, daß in ihr nach kaum zweijährigem Bestehen bereits eine scharfe Arbeitskontrolle und eine gefestigte Kampfesdisziplin besteht. Triumphierend können wir den Führern der 2., 2½- und der Amsterdamer Internationale zurufen, daß wir nicht nur wie sie, bloß eine Resolutionsgemeinschaft sind, sondern bereits als Kommunisten eine innerlich gefestigte, taktisch erprobte und nach politisch-strategischen Gesichtspunkten handelnde, einheitliche internationale Parteiorganisation haben. Der 3. Kongreß hat uns einige tüchtige Schritte dieser einen internationalen Partei näher gebracht.

Wie lächerlich klingen den vielen Hundert Arbeitern, die aus allen Teilen der Welt an diesem Kongreß als vollberechtigte Delegierte teilnahmen, die dummen Redensarten vom Moskauer Diktat, von der Moskauer Knute und die ähnlichen faulen Redensarten, mit denen sich die Menschewisten und die „Gelben" um eine wirklich straffe Kampfesführung und feste internationale Disziplin, wie sie der proletarische Befreiungskampf erfordert, herumdrücken wollen. Mochte vielleicht noch der 2. Kongreß durch die taktisch erfahrene und theoretisch überlegene Führung seiner Arbeiten durch unsere russischen Genossen und durch den äußeren Anschein ihres überragenden Einflusses solchen Redensarten einen gewissen Boden geben, so sind sich alle, und nicht zumindesten unsere russischen Genossen darüber einig, daß dieser 3. Kongreß durch den offenen Meinungskampf der Repräsentanten zahlreicher Länder, durch das gemeinsame Herausarbeiten der einheitlichen taktischen Linie als ein wirklicher, internationaler proletarischer Kongreß erwiesen hat.

Die Auseinandersetzungen in den Vollsitzungen des Kongresses sowie in den Kommissionen ergaben bereits für eine ganze Anzahl europäischer Delegationen ein erfreulich selbständiges geistiges Arbeiten an den Problemen, wobei es in der Form des Auftretens und des Ausdrucks sehr oft sogar zu einer gegenüber der doch allgemein anerkannten überragenden Bedeutung unserer großen russischen Führer erstaunlichen Rücksichtslosigkeit kam. Aber niemand hat mehr als gerade diese führenden russischen Genossen die selbständige Mitarbeit der Vertreter der gefestigten Sektionen der europäischen Länder begrüßt, und sogar herausgefordert. Eine große europäische Partei, die bei manchen Tagesordnungspunkten keine eigene Orientierung hatte und zu keiner selbständigen Stellungnahme kommen konnte, mußte sich dafür sehr herbe Kritiken gefallen lassen. Das lebendige Treiben des Kongresses, die kräftige, rücksichtslose Sprache, die ohne jede präsidiale Bevormundung geführt wurde, erinnerten uns lebhaft an den bewegten Gang unserer besten sozialdemokratischen Parteitage aus der Zeit von 1903 bis 1912, wo die Führer der verschiedenen Gruppen und Landesteile in schärfster Form um klare Beschlüsse und gute Formulierungen kämpften.

Dieses kraftvolle innere Getriebe zeigte sich schon vor dem Kongreß deutlich in der Zusammensetzung der den Kongreß vorbereitenden erweiterten Exekutivesitzungen, wo neben der kleinen russischen Führung etwa 100 Delegierte aller Sektionen der Internationale an den wichtigen einleitenden Besprechungen im breitestem Ausmaße teilnahmen. Das gleich Bild ergab sich durch den Beschluß über die Zusammensetzung der neuen Exekutive, die neben 5 russischen Genossen noch 25 stimmberechtigte Mitglieder aus allen größeren Sektionen zählt. Und was als Charakteristikum für das erfreulich rege selbständige Miteinanderarbeiten der verschiedenen Delegationen noch kennzeichnender ist, das war die bei den verschiedensten Tagesordnungspunkten in wechselvollster Form auftretende Gruppenbildung nach den jeweiligen verschiedenen Anschauungen.

Die Beschlüsse des Kongresses haben gerade durch diese Art, in der sie arbeitet und zustande gebracht wurden, einen über alles Erwarten starken inneren Wert bekommen. Es kann keine Delegation geben, die von diesem Kongreß mit irgend einem Gefühl der Unterdrückung oder Unterwerfung heimkehrt. Alle werden die Resolutionen und Leitsätze des Kongresses über die künftige Arbeit der Kommunisten als ein eigenes Erlebnis, als ein Stück des eigenen Wollens und Strebens mit sich nehmen, um in diesem Geiste in den verschiedenen Sektionen für die Verwirklichung aller Beschlüsse unseres 3. Weltkongresses unbedingt und freudig einzutreten. Jede Sektion wird diese Beschlüsse selbst als eine Stärkung ihrer eigenen Kampfkraft, als eine Hebung ihres inneren Wertes als Teil der proletarischen Weltarmee betrachten und die Disziplin, die für die Durchführung der Kongreßbeschlüsse unerläßlich ist, wird überall als eine wahrhaftig und wirklich freie und selbstgewollte empfunden werden. Wir sind die selbstbewußten Glieder einer bereits gefestigten proletarischen Kampfgemeinschaft.

Die Politische Polizei auf den Spuren der „Kommunistischen Kampforganisation".

Die Blamage, die Herr Liebermann und seine Trabanten und die monarchistischen Richter von Breslau erlitten haben dadurch, daß das Landgericht, daß alle Anklagen so elend zusammengebrochen sind, läßt diese Leutchen die verzweifeltsten Sprünge machen, doch noch eine kommunistische Kampforganisation zu konstruieren, die ihnen nach der Märzaktion aus ihren dreckigen Fingern gefallen ist.

Die weißen Schergen haben noch einige [illegible] in ihren Klauen, diesen wenigstens muß man doch etwas nachweisen können, damit sie nicht unter weiterer Kennzeichnung der Dummheit und Borniertheit entlassen werden müssen.

Es wäre auch zu schön, wenn man auch den kleinsten Anhalt zu einer „Kampforganiastion" finden könnte. Die „Unfähigkeit" in der Verfolgung der Selbstschutzorganisationen der Reaktion, der Waffentransporte usw. könnte dann mit viel Geschrei verdeckt werden, und Herr Liebermann mit seinem Kriminal-„Inspektor" in spe könnte dann wieder einmal sagen, das Vaterland ist gerettet und die ach so schönen Lorbeeren von den Monarchisten einstecken.

Aber — es gibt Leute, die Götter für ihr Leben mit Dummheit geschlagen haben; denen auch kein Wurf gelingen soll.

Der Landrat von Landeshut hatte mit leiner unsauberen Nase einen Zwist in der kommunistischen Ortsgruppe Landeshut gerochen, und glaubte nun auf Grund seiner reaktionären Gehirnwindungen, daß man die Brüder mit Geld und guten Wouten und mit der Findigkeit (!) eines Beamten der Breslauer „Popo", deren Ruhm in alle Gaue gedrungen ist, als Mitglieder einer Kampforganisation machen könne.

Er ließ folgendes Schreiben an den Oberpräsidenten los:

Der Landrat. Landeshut, den 12. 7. 21.
Betrifft:
Kommunistische Kampforganisation.

Ohne Erlaß!

Durch einen Zwist in der hiesigen kommunistischen Partei ist eine ungewöhnlich günstige Gelegenheit entstanden, Näheres über die kommunistische Kampforganisation zu erfahren. Es wird sich empfehlen, sofort einen besonders gewandten Kriminalbeamten herzusenden.

gez. Unterschrift.

An die
Meldestelle des Oberpräsidiums.
Breslau.

Der Oberpräsident kam aus seinem Phlegma heraus, durch den Alarmruf: Kommunistische Kampforganisation, und beauftragte sofort durch folgendes Schreiben Herrn Liebermann mit folgendem Weiteren:

Der Oberpräsident der Provinz Niederschlesien. Breslau, den 14. Juli 1921.
Tgb.-Nr. O.P.J.M.St.3737/21.

Vorstehende Abschrift übersende ich zur gefälligen Kenntnisnahme mit dem Ersuchen, einen besonderen gewandten Kriminalebamten alsbald nach Landeshut zur weiteren Aufklärung und Verfolgung der Angelegenheit zu entsenden.

J. V.
Boske.

An den
Herrn Polizeipräsidenten
Hier.
K. J. Nr. 711 1921 gh.

Herr Liebermann, der nach der Aussage des Orgeschhäuptlings Escherich ein Mann ist, der wenn es heißt, gegen rechts scharf zuzufassen, die Hosen voll hat, von wegen der Gefahr, mit den Stiefelabsätzen der Herren Junker Bekanntschaft zu machen, sah sich sofort veranlaßt, durch den Herrn Hilfskriminalkommissar Cyß einen besonders tüchtigen Beamten nach Landeshut zu schicken.

Herr Liebermann stellte zu diesem Zwecke folgenden Ausweis aus, der uns, wie auch die beiden obigen Schreiben, durch einen glücklichen Zufall im Original mit eigenhändiger Unterschrift des Herrn Liebermann vorliegt.

Der Polizei-Präsident. Breslau, den 15. Juli 1921.
Tgb.-Nr. K. J. Nr. 711/21. gh.

Offener Auftrag
für den Polizei-Oberwachtmeister
Herrn Rixen.

Der Polizeiobertwachtmeister Rixen ist zu dienstlichen Zwecken nach dem Kreise Landeshut und den angrenzenden Kreisen entsandt worden.

Alle Behörden und Beamten werden ersucht ihm Schutz und Hilfe zu gewähren.

Im Auftrage des Oberpräsidenten:
(Stempel.) Der Polizeipräsident
gez. Liebermann.

Der be—kannte Herr Rixen, der getreue Paladin des Hilfskriminalkommissars Cyß machte sich auf die Socken, um sein eminentes Können wieder einmal in den Dienst des Vaterlandes zu stellen. Es ist derselbe Herr Rixen, der im Dezember vorigen Jahres, trotz seiner Vorliebe für Arbeiter, die er u. a. zum Ausdruck bringt, indem er als Mitglied der SPD. auch die dortige Mitgliedschaft beschnüffelt, die Akten der politischen Polizei über die Kommunisten, der Orgesch zur Abschrift überließ. Durch einen Trick konnten auch wir damals diese Akten einsehen, und so die Tätigkeit dieser sauberen Herren entlarven. Das Disziplinarverfahren gegen Rixen wurde eingestellt, und er verstand es, durch die Verhaftung unseres Genossen Klein sich das Wohlwollen seiner Behörde wieder zu erringen.

Herr Rixen ging nach Landeshut und bändelte mit verschiedenen Mitgliedern unserer Partei an. Er blitzte aber trotz aller seiner Kenntnisse ab und hatte nur Erfolg bei einem gewissen Richter, der wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern aus der Partei ausgeschlossen ist. Diesem Rudolf Richter gab der freigebige Herr Rixen 200 Mk. und versprach ihm, die von ihm unterschlagenen 2000 Mk. zu ersetzen, wenn — ja wenn er ihm die Mitglieder der Kommunistischen Kampforganisation nennen würde.

Der Abgesandte des Herrn Liebermann hatte aber kein „Schwein". Erstens steht fest, daß wir sowieso in aller Oeffentlichkeit eine aKmpforganisation sind, die mit den schärfsten Mitteln die heutige Gesellschaft und mit ihr den ganzen Lockspitzelsumpf von Liebermann über Cyß bis Rixen in den Orkus werfen wollen. Eine Kampforganisation, wie sie in den unsauberen Junker- und Polizeigehirnen rumort, besteht nicht. Was jetzt alles darüber geschrieben und vor Gericht gezogen ist, ist lediglich das Werk von ganz gemeinen Lockspitzeln.

Einen solchen Fall wollte auch Herr Rixen konstruieren. Er flog aber elend damit herein. Sein Opfer, das er mit Schnaps und Geld gefügig gemacht hatte, plauderte unseren Genossen gegenüber au sder Schule, und der Erfolg war, daß Herrn Rixens Ausweiße und die Notizen, die er sich über die „Kampforganisation" gemacht hatte, durch einen „Zufall" (war es eine Schäferstunde, oder haben Sie die Papiere verloren?) in die Hände unserer Genossen gerieten. So ist es uns möglich, der Oeffentlichkeit von dem schamlosen Lockspitzelunwesen der politischen Polizei Kunde zu tun, die das Geld der Steuerzahler verwenden, um Fälle zu konstruieren, die geeignet sind, unsere Genossen monatelang unschuldig ins Gefängnis zu bringen.

Den in Frage kommenden Behörden, besonders dem Oberpräsidenten möchten wir empfehlen, sich endlich zu überzeugen, daß die Dummheit und Verworfenheit der Herren Liebermann—Cyß und seiner Untergebenen zum Himmel stinkt. Es ist eine Giftblüte, die da in der Schuhbrücke groß gezüchtet wird, die durch ihre Heldentaten unschuldige Menschen in die Falle zu locken versucht.

Unsere Genossen auf dem Lande sollen sich in Zukunft solch ehrbare Freunde, die sich unter der Maske eines Biedermannes an sie heranschleichen, genau ansehen und ihnen bei Gelegenheit einen gehörigen Denkzettel abgeben.

Für die Fermierung und innere Festigung der Kommunistischen Internationale sind die Beschlüsse des III. Kongresses das wichtigste Merkmal, die die Abgrenzung der Internationale nach rechts und links erneut feststellen. Es entspricht dem Entwicklungsgrad unserer internationalen Organisation, daß die Abgrenzung gegen links, die der zweite Kongreß noch nicht in aller Klarheit durchzuführen wagen durfte, nunmehr vom 3. Kongreß vollkommen ruhig, schmerzlos und ohne jeden Zweifel vollzogen werden konnte. Es ist der Kommunistischen Internationale im verflossenen Jahre gelungen, jene aus ernsthaften linksstehenden Elementen der proletarischen Masse, die im Vorjahre noch von mancherlei Irrungen umfangen waren, durch gründliche Klärung und bessere Ueberzeugung den Sektionen der verschiedenen Länder einzugliedern, wie das insbesondere das italienische und amerikanische Beispiel zeigten. Da das Bestehen proletarischer Organisationen links von uns also kein Problem der Masse, kein Problem der einheitlichen revolutionären Kampfesführung mehr war, so konnte das Verhältnis zur KAPD., der letzten hoffnungslosen „linken" Splitterorganisation fast sang- und klanglos erledigt werden. Der KAPD. wurde die weitgehendste Redefreiheit und das uneingeschränkte Recht der Mitarbeit an allen Beschlüssen des Kongresses gewährt, um dann von ihr disziplinierte Eingliederung in die internationale proletarische Kampffront der Kommunisten in kürzester Frist zu fordern. Der literarische Führerflügel dieser Partei nahm es sich trotzdem heraus, durch selbstgefälligen Entschluß die Beziehungen zur Kommunistischen Internationale mit einem breiten, radikalen Phrasenschwall zu lösen. Dieser Führerflügel wird in Kürze entweder seinen Weg zum kleinbürgerlichen Syndikalismus gegangen sein, oder wird aus dem politischen Leben eben so plötzlich verschwinden, wie er von der Welle der Revolution überraschend hervorgespült wurde. Die guten proletarischen Kämpfer aber, die sich etwa noch in dieser Splitterorganisation befinden, werden, falls sie nicht kleinbürgerliche Syndikalisten oder Anarchisten sein wollen, sehr bald so viel proletarische Entschlußkraft aufbringen, um ihren literarischen Führerflügel abzuschütteln und trotz einiger taktischer Meinungsverschiedenheiten in die Sektion der Kommunistischen Internationale übergehen, um so den Kampf um den Kommunismus zu fördern.

Ebenso rasch und entschlossen zog der III. Kongreß auch die Grenze gegen rechts, indem er den Anspruch der noch immer von Serrati und Turati geführten Sozialistischen Partei Italiens, der Kommunistischen Internationale angehören zu wollen, zurückwies. Wohl wurde durch erneuten Beschluß den guten proletarischen Elementen dieser Partei zu erkennen gegeben, daß die Kommunistische Internationale ihnen die Rückkehr zu ihr nicht dauernd versperren will, aber so sehr die Kommunistische Internationale revolutionäre Massenparteien schätzt, so ist sie doch fest entschlossen, an der Bedingung der Loslösung von reformistischen und opportunistischen Führern festzuhalten. Nur der offene Bruch mit diesen Führern öffnet den Weg zur Kommunistischen Internationale. Zwischen sozialdemokratischem Reformismus und Opportunismus einerseits und dem Syndikalismus und Anarchismus anderseits wird in der Kommunistischen Internationale der proletarische Kern gebildet, der durch Sammlung der Massen und energische Vorbereitungen unter strategisch kluger Führung den zerfallenden Kapitalismus überwinden und in siegreichen Kämpfen die proletarische Diktatur erreichen wird.

Aber auch innerhalb der gezogenen Grenzen kannte der Kongreß keine Vertuschung irgendwelcher Meinungsverschiedenheiten. In den langen Verhandlungen des Plenums und der Kommissionen wurden alle Meinungsverschiedenheiten über die Taktik in ausbrechenden Kämpfen, über die Herausarbeitung einer politischen Strategie und über die Einschätzung der Situation rücksichtslos ausgetragen. Es war das Kennzeichen dieser Verhandlungen, daß bei aller Heftigkeit der Argumentationen sich meistens durch gegenseitige Ueberzeugung die gemeinsamen Formulierungen fanden oder daß im Laufe der Auseinandersetzung neue Gedanken heranreiften, die auf höherer Stufe eine freudig begrüßte Lösung der vorherigen Meinungsverschiedenheiten ergaben, wie z. B. bei der Ausfüllung einer Lücke in Trotzkis Thesen.

Ueber die Lösung, die sich für die Bewertung der Märzaktion ergaben, sind die Genossen bereits durch zwei Artikel des Genossen Karl Radek informiert. Gewiß wird darüber noch manches geredet und geschrieben werden, aber daß ein Arbeiten auf der Grundlage der taktischen Thesen gemeinsam möglich sein wird, davon wird sich jeder rasch überzeugen, der den ernsten Willen hat, auf den Boden der Beschlüsse des Kongresses zu treten. Wer sich am energischsten und tatfreudigsten und rasch und offen dazu entschließt, wird sehr bald triumphieren über alle diejenigen Kleingeister, die mit Wortspielen und Zitaten nachzuweisen versuchen würden, ob dieser oder jener in Moskau „Recht" bekommen hat. Gegenüber den nach so lebhaften Kämpfen, zähem Ringen und intensivster gemeinsamer Arbeit gefundenen Lösungen und den danach fast einstimmig gefaßten Beschlüssen dieses Kongresses ist eine rückschauende Rechthaberei wirklich nichts anderes als eine simple politische Kinderei. Wenn auch in weiteren Artikeln einige Beschlüsse des Weltkongresses noch eine kritische Würdigung erfahren sollen, so kann es doch nichts anderes geben, als unter Zurückstellung etwaiger hier und da, hüben und drüben noch bestehenden theoretischen, taktischen oder organisatorischen Bedenken sofort in voller Anerkennung aller Beschlüsse des Weltkongresses an deren tatkräftige Durchführung und Auswertung heranzugehen.

Der Kongreß erwartet von allen Sektionen der Internationale ein festes, geschlossenes Auftreten gegen alle Feinde des Proletariats, gegen die Bourgeoisie und ihre Helfershelfer, er erwartet von allen Parteien, daß, ohne sich unnütz provozieren zu lassen, die Kommunisten an allen Kämpfen der proletarischen Masse führenden Anteil zu erringen bestrebt sind, daß es in diesem Ringen den Parteien gelingt, den festen Kern kampferprobter geschulter Kommunisten zu bilden, der notwendig ist, um gegenüber dem vorläufig noch überlegenen Feinde mit der ganzen Partei und der ihr anhängenden proletarischen Masse geschickt zu manövrieren, damit unter ständiger Stärkung der Kampfkraft die Parteien den großen siegreichen Endkämpfen um die proletarische Macht entgegengehen können. In Zurückweichen und Vorstoßen sollen sich die Parteien als unbedingt feste und für jede dieser Situationen disziplinierte Kampfscharen erweisen, um die sich mit immer stärkerem Vertrauen die ganze proletarische Masse sammeln kann.

Aber wie die Parteien nicht mehr organisatorisch für sich leben, sondern Sektionen einer internationalen Partei sind, so sollen auch ihre Bewegungen und Kämpfe nicht mehr unabhängig nebeneinander sich abspielen, denn der Kampf und Sieg des Proletariats kann nur ein internationaler sein. Einheitliche Ausführung der Kongreßbeschlüsse ist auch deswegen ein unbedingtes Gebot, weil nur dadurch die gleichgearteten Kämpfe der Proletarier verschiedener Länder wirklich miteinander verbunden werden können. Die Grundlagen für übereinstimmende Kampfesführung und die enge Verbindung der proletarischen Bewegungen der verschiedenen Länder hat der III. Kongreß zielbewußt geschaffen. Sie wirklich herzustellen, ist jetzt die Aufgabe aller Sektionen. Es hat also nichts mit der alten sentimentalen Einigkeitsduselei zu tun, wenn wir uns unbedingt und rückhaltslos nicht nur in Moskau für möglichst einheitliche Beschlüsse, sondern jetzt auch in allen Ländern für deren restlose Anerkennung und Durchführung einsetzen. Nur so werden wir es erreichen, daß wir uns nicht der berechtigten aber genügsamen Freude darüber hingeben, wirklich eine internationale kommunistische Parteiorganisation zu sein, sondern daß wir um des internationalen Sieges über den zerfallenden Kapitalismus willen mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften danach streben, nunmehr so schnell es nur irgend möglich ist, eine wirklich einheitlich aktiv auftretende revolutionäre Kampfgemeinschaft der Proletarier aller Länder zu werden. Das ist die nächste politisch-organisatorische Aufgabe, vor die uns die kommunistische Internationale durch ihre Beschlüsse des III. Kongresses gestellt hat.

Politische Uebersicht.

Stresemann als Reichskanzlerkandidat.

In der "Deutschen Allgemeinen Zeitung" vom 31. Juli schildert Stresemann, der Abgeordnete der Deutschen Volkspartei und Vertreter der Interessen von Stinnes, seine Verhandlungen mit dem Auswärtigen Amt zur Zeit der Annahme des Ultimatums. In einer interfraktionellen Besprechung am 8. Mai habe er verlangt, daß man sofort von der Entente strikte Beantwortung von vier von ihm formulierten Fragen fordere, insbesondere die Zusage der Erfüllung der deutschen Wünsche in bezug auf Aufhebung der Sanktionen und die oberschlesische Frage. Wenn diese Fragen günstig beantwortet würden, dann wäre es möglich, daß auch die Deutsche Volkspartei der Annahme des Ultimatums ihre Zustimmung geben würde. Da die französische Regierung sich Stresemanns Ansicht nach in der oberschlesischen Frage vollkommen festgelegt hatte, legte er selbst die Frage zur Beantwortung nur der englischen Botschaft in Berlin dar. Da vor der Abstimmung über die Annahme des Ultimatums die Antwort des englischen Auswärtigen Amtes noch nicht da war, die persönliche Stellungnahme des britischen Botschafters zu diesen Fragen seine Fraktion aber nicht befriedigte, blieb die Mehrheit der Fraktion bei ihrer ablehnenden Stellung zum Ultimatum.

Die offizielle Antwort der englischen Regierung trat einen Tag nach Annahme des Ultimatums ein. Sie war in der Frage der Sanktionen einwandfrei zufriedenstellend, betonte bezüglich Oberschlesiens die Bedeutung der deutschen wirtschaftlichen Interessen, deren sich England bewußt sei, und verwies im übrigen auf eine loyale und gerechte Anwendung des Friedensvertrages von Versailles. Zufriedenstellend war weiter die Antwort der britischen Regierung wegen der beiden weiteren Fragen, die sich auf wirtschaftliche Bestimmungen des Ultimatums bezogen.

Stresemann erklärt, daß das Dementi von Lloyd George richtig sei, daß zwischen Lloyd George und ihm kein Briefwechsel bestanden habe. Seine Fragen habe die englische Botschaft in Berlin im Auftrage des englischen Auswärtigen Amtes in der Form eines Memorandums beantwortet.

Stresemann legt also dar, daß er viel mehr getan habe als der Reichskanzler Wirth, um Deutschlands Lasten zu vermindern. Die bedingungslose Annahme des Ultimatums sei unnötig gewesen. Die Großindustrie, als deren Vertreter Stresemann spricht, ist mit der Erfüllung des Ultimatums vollkommen einverstanden, nur zeigt Stresemann, daß er selbst dabei viel besser die Interessen des deutschen Kapitals vertreten kann als Wirth.

Daß Stresemann als Reichskanzlerkandidat eine Festlegung der Entente als Stütze für ein von ihm zu bildendes Kabinett herbeizuführen gesucht hätte, wie die sozialistische Presse behauptet, sei falsch. Als Kandidat für den Reichskanzlerposten sei er schon lange Zeit vor diesem seinem Schritte genannt worden.

Die Unabhängigen und die Rechtssozialisten erklären, daß sie, der pazifistischen Außenpolitik Wirths wegen, sein Kabinett trotz dessen reaktionärer Innenpolitik unterstützen. Stresemann zeigt, daß Wirth eine imperialistische Politik im Interesse der deutschen Großindustrie führt. Stresemann begnügt sich im Augenblick damit, Wirth-Hilferding moralisch zu ohrfeigen. Bald kommt der Fußtritt für die Regierung und ihre rechtssozialistischen und unabhängigen Unterstützer. Die ganze Politik der Rechtssozialisten und Unabhängigen seit der Annahme des Ultimatums hat nur umsomehr die Herrschaft einer ausgesprochen arbeiterfeindlichen Regierung vorbereitet.

Um Oberschlesien.

In den letzten Wochen hat die diplomatische Taktik der einzelnen Ententemächte in der oberschlesischen Frage sehr oft gschwankt. Wir haben des öfteren auf die Ursachen dessen hingewiesen. Fast stets lag eine Veränderung der weltpolitischen Situation zugrunde. Die kleinasiatische Frage, die irische Frage, die Abrüstungskonferenz und die Frage der Verteilung der Mandatsländer im Umkreis des indischen Ozeans haben jeweils auf die Behandlung der oberschlesischen Frage eingewirkt.

Eine englisch-französische Rivalität besteht tatsächlich. Sie ist nicht stark genug, die Entente zu sprengen, aber sie beschert weiter, trotzdem England und Frankreich zu einem vorläufigen Uebereinkommen gelangt sind. Man hat sich in activen nebensächlichen Dingen geeinigt; aber die Hauptfrage: „Was wird aus Oberschlesien?" ist ihrer Lösung nicht näher gekommen. Die französische nationalistische Presse spricht ihre Zweifel an dem Bestehen des eben geschlossenen Kompromisses offen aus. Sie glaubt nicht an eine längere Dauer der Verständigung.

So hält der „Matin", nach dem Bericht der „Nationalzeitung", die Verständigung nur für vorübergehend, „da England die Wirkungen des gemeinsamen Schrittes der verbündeten Mächte in Berlin dadurch hinfällig machen könnte, wenn es tags darauf Dr. Rosen wieder zuversichtlich machen und ihm in der Kernfrage, die zur Verhandlung steht (Teilung Oberschlesiens), die für Deutschland günstige Absicht Lloyd Georges bestätigen würde."

Auch die Dena läßt sich aus London berichten, daß die Stellung der englischen Regierung noch weiter im Gegensatz zur französischen stehe, daß sie Deutschland begünstige. Es soll Lloyd George die Aufhebung der Sanktionen von Frankreich verlangen, weil er den Sturz der Regierung Wirth befürchte. Ueber die Frage des Truppentransportes habe man sich ja geeinigt; aber der Riß zwischen den beiden Alliierten sei nur notdürftig verkleistert.

Wie brüchig die Grundlage des gegenwärtigen Kompromisses ist, geht schon daraus hervor, daß es zweifellos zustandegekommen ist unter dem Einfluß der Nachrichten über die Hungersnot in einzelnen Gebiet Rußlands. Die imperialistischen Räuber glauben, neue Beute zu witern, sie glauben an die Möglichkeit, jetzt die Sowjetmacht zu stürzen. Deshalb scheinen sie bereit, ihre anderen Streitigkeiten um Beute zunächst beiseite zu stellen. Deshalb wird jetzt auch England Truppen nach Oberschlesien senden. Aber die Räuber irren, wenn sie glauben, daß die Macht der Kommunisten in Rußland zu stürzen sei. Die Rote Armee ist intakt. Trotzki wacht: und die deutschen Kommunisten werden Transporte von Weißgardisten zu verhindern wissen.

Die „reinsozialistische" Regierung Sachsens schützt den organisierten Streikbruch!

Um den fortdauernden Landarbeiterstreik in Sachsen niederzuknüppeln, wurde von der Amtshauptmannschaft Leipzig der Einsatz der technischen Nothilfe für Leipzig und die ländlichen Bezirke angeordnet. In den Straßen der Stadt Leipzig wurde ein Flugblatt verbreitet mit folgendem Inhalt:

„Die technische Nothilfe ist auf Antrag der Amtshauptmannschaft und der Polizeidirektion Leipzig aufgerufen.

Alle Mitglieder haben sich sofort Neues Rathaus (Zimmer 293) zu melden. Einteilung usw. erfolgt dort. Neuanmeldungen jederzeit dort. Abgang der Transporte stündlich.

Leipziger schützt Euer täglich Brot, Eurer Hände Arbeit!

Technische Nothilfe beim Reichsministerium des Innern
L.U.B. Leipzig."

Die Bürgergarden des unabhängigen Ministers Lipinski werden die organisierten Streikbrecherbanden zur Arbeitsstätte begleiten. Die „reinsozialistische" Regierung steht also im Existenzkampf des Landproletariats auf Seiten der ausbeuterischen Großagrarier!

Wozu die „Richtigstellung" des Innenministers und Reichswehrministers notwendig ist.

Der blutige Zusammenstoß zwischen der Reichswehr und Sipo in Stettin erwies sich als ein systematisch von den reaktionären Offizieren vorbereiteter Angriff auf die „viel zu republikanische" Sipo. Das Garnisonkommando sah sich daraufhin veranlaßt, eine nichtssagende „Erklärung" zu den Vorgängen zu veröffentlichen. Um weiter den wirklichen Tatbestand zu verwischen, verbreiten der preußische Innenminister gemeinsam mit dem Reichswehrministerium folgende „Richtigstellung":

1. Der Anlaß der bedauerlichen Vorgänge bedarf noch der Feststellung. Diese wird durch die ordentlichen Gerichte erfolgen. Es wird insbesondere noch festgestellt werden müssen, ob, wie anfangs als feststehend gemeldet wurde, ein „Angriff" von Soldaten vorliegt und wer geschossen hat.

2. Schon jetzt kann gesagt werden, daß politische Motive oder die Kasernenfrage bei dem Zusammenstoß keine Rolle gespielt haben.

3. Wie immer in solchem Falle, hat Janhagel sich eingefunden und gegen die Polizeibeamten Stellung genommen, doch ist ein Zusammenhang zwischen Militärpersonen und Janhagel in keiner Weise festgestellt.

4. Es steht einwandfrei fest, daß Offiziere an dem Vorfall in keiner Weise beteiligt sind.

5. Der Vorfall wird den beteiligten Behörden Anlaß geben, ein ähnlich gutes Verhältnis und gegenseitige Unterstützung von Schutzpolizei und Heeresangehörigen wie sonst im Reich auch in Stettin anzubahnen.

Zwar muß erst festgestellt werden, wer geschossen hat, aber trotzdem „steht es einwandfrei fest", daß „Offiziere nicht beteiligt waren" und „zwischen Militärpersonen und Janhagel (!) ein Zusammenhang in keiner Weise besteht". Der Reichswehrjanhagel, der auf die grüne Polizei geschossen hat, soll unbestraft ausgehen.

Die Einheitsfront im Kampf ums Brot.

Die VKPD. Württembergs hat gegen die Brotpreiserhöhung und die wachsende Steuerlast am Mittwoch und Donnerstag in allen größeren Städten Württembergs große Protestversammlungen abgehalten. Nach den bis jetzt vorliegenden Berichten waren die Versammlungen überall sehr stark besucht. In Ravensburg und Schramberg waren die Versammlungen überfüllt. In Tuttlingen sprachen in der Diskussion die Redner der USP. und SPD. für die Resolution der VKPD. In allen Versammlungen ernteten unsere Redner reichen Beifall. Folgende Resolution wurde in allen Versammlungen einstimmig angenommen:

„Die von der VKP. Württembergs einberufene öffentliche Versammlung, von Arbeitern aller Parteien und Gewerkschaften stark besucht, erkennt, daß die Lasten des Ultimatums von der herrschenden Klasse auf das Proletariat abgewälzt werden. Der neue Steuerentwurf der Reichsregierung, der beabsichtigte Lohnabbau, die Arbeitszeitverlängerung, die eintretende Teuerung, vor allem die ungeheure Teuerung des wichtigsten Lebensmittels, des Brotes, führen zur Verelendung der gesamten Arbeiterschaft. Gegen diese drohenden Gefahren müssen sofort alle Arbeiter ohne Unterschied der Partei sich zur Wehr setzen. Um diesen Abwehrkampf erfolgreich führen zu können, verlangen die versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen, daß die Betriebsräte-Zentrale und das Bezirkskartell der Vereinigten Gewerkschaften sofort die Betriebsräte des gesamten Landes zu einer gemeinsamen Konferenz zusammenrufen, um Mittel und Wege gegen die Teuerung und den Steuerabzug zu beraten, und die gesamte Arbeiterschaft zum Kampf gegen die Verelendungsgefahr aufzurufen."

Aus allen Teilen des Reiches mehren sich die Nachrichten über gemeinsame Proteste der Arbeiter aller Parteien gegen die drohende Verelendung. Klarer denn je bekundet die Arbeiterschaft in geschlossener Front, daß sie nicht gewillt ist, den „Wiederaufbau" des Kapitalismus mit dem Untergang des Proletariats zu bezahlen.

Eine sozialistische Kundgebung gegen die Brotpreiserhöhung in Danzig verboten.

Die sozialistischen Parteien Danzigs haben beim Senat den Antrag gestellt, ihnen eine Demonstration gegen die Erhöhung des Brotpreises am Donnerstag, den 4. August, zu gestatten. Der Senat hat das Ersuchen mit der Begründung abgelehnt, daß er darüber unterrichtet sei, daß aus Anlaß der Demonstration versucht werden solle, die Ordnung zu stören und den Senat zu stürzen.

Ausland.

Die internationale proletarische Hilfsaktion für Sowjetrußland.

Der russische Hilferuf hat in den Reihen des Weltproletariats einen mächtigen Widerhall gefunden. Der Vorstand der Kommunistischen Partei Oesterreichs fordert die sofortige Bildung eines gemeinsamen Hilfskomitees, das die Aktion für Sowjetrußland durchführt und die einlaufenden Sammlungen verwaltet. Die Vollzugsausschüsse der tschechisch-slowakischen Kommunistischen Partei veröffentlichen einen Aufruf an das Proletariat aller Nationen der Tschechoslowakei, in dem gesagt wird:

„Die Hilfe kann durch verschiedene Arbeit geleistet werden: Durch Sammlungen von Geld, Getreide, Medikamenten, durch Abgabe von Stunden- oder Tagelöhnen für die hungernden Arbeiter und Bauern, für die darbenden Proletarierkinder in Sowjetrußland, Bewirtung russischer Arbeiter- und Bauernkinder, Erzwingung der sofortigen Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland, die Anregung langfristiger Handelskredite durch die Regierung, Freigabe der Donau für Transporte nach Rußland und Herabsetzung der Tarife."

Die deutschen Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei haben sich für eine gemeinsame Aktion ausgesprochen, es wird eine gemeinsame Beratung der Vertreter aller proletarischen Parteien und Organisationen der Tschechoslowakei ohne Unterschied der Nationalität stattfinden, bei der die Einigung zu einer gemeinsamen Aktion erfolgen soll.

„Daily Herald", das Organ der englischen Arbeiterpartei, veröffentlicht lange Artikel und Aufrufe zugunsten Sowjetrußlands. Robert Williams weist darauf hin, daß England mehr als 100 Millionen Pfund Sterling ausgegeben habe, um die Koltschak und Denikin mit Kriegsmaterial zu versorgen. England müsse jetzt dieses sein Unrecht gutmachen, indem es mindestens für denselben Betrag Lebensmittel und andere notwendige Waren nach Sowjetrußland schickt. Im Namen der amerikanischen Wohltätigkeitsorganisationen hat Herr Hoover an Maxim Gorki telegraphiert, daß Amerika bereit sei, Lebensmittel, Kleidung und Medikamente für eine Million Kinder und Kranke in Sowjetrußland zu besorgen.

„Nowyj Put" meldet, daß der Vorsitzende des estnischen Roten Kreuzes Ewald Amende, der in Sowjetrußland mit dem russischen Roten Kreuze eben über die Möglichkeit des Hilfswerkes verhandelte, den Vorschlag machte, unverzüglich eine außerordentliche Versammlung der Vertreter des Roten Kreuzes aller Länder einzuberufen, um das Hilfswerk für Sowjetrußland international zu organisieren.

In Riga hat sich schon ein Hilfskomitee gebildet, das die Vermittlerrolle zwischen den ausländischen Hilfskomitees und dem russischen Hilfskomitee übernehmen will.

*

Ueber den Fortschritt der Hilfsaktion im Innern Rußlands wird gemeldet:

Moskau, 1. August.

In der letzten Sitzung des Allrussischen Hilfskomitees teilte Krassin die Anträge der Heilsarmee und anderer wohltätiger Organisationen, die Sowjetrußland in seinem Kampfe gegen den Hunger behilflich sein wollen, mit. Dem Präsidium wurde aufgetragen, ein Programm zur gemeinsamen Arbeit mit den ausländischen Hilfsorganisationen auszuarbeiten. Das Komitee beschloß, Chintschuk ins Ausland zu delegieren, um einen Kontakt mit den ausländischen Arbeiterorganisationen, die ein Hilfswerk zugunsten Rußlands eingeleitet haben, zu schaffen.

Militärische Vorbereitungen gegen Rußland. Rumänische Provokationen.

In den „Iswestija" schreibt Steklow über neue militärische Vorbereitungen der europäischen Reaktion gegen Sowjetrußland. Frankreich schafft ständig neue Truppen und Kriegsmaterial nach Schlesien. England beabsichtigt in nächster Zeit eine leichte Kreuzer-Eskadre nach allen baltischen Häfen zu ständigem Aufenthalt zu senden. Wir haben keine Beweise dafür, daß die englische Regierung den russisch-englischen Handelsvertrag abbrechen will, jedoch wünschen breite Kreise der englischen Bourgeoisie nichts sehnlicher als den Bruch.

Das angesehene reaktionäre französische Provinzblatt „Le Havre-Eclair" teilt mit: „Im französischen Kriegsministerium gibt man offen zu, daß französisches Kriegsmaterial nach Polen und Rumänien geht. Warum sollen wir unsere Sympathien für diese beiden befreundeter Länder verheimlichen und den Wunsch, den wir haben sie instand zu setzen, einen bolschewistischen Angriff zurückzuschlagen?"

„Magyarország", das Organ des Grafen Julius Andrássy, veröffentlicht ein Interview mit dem gegenrevolutionären russischen Publizisten Michael Gorjalow, der gegen die Hilfsaktion für die hungernde Bevölkerung Sowjetrußlands Propaganda macht. Gorjalow erklärt, daß die Volkskommissäre alles, was Europa dem russischen Volke sendet, stehlen würden, und empfiehlt als Lösung der russischen Frage offen den Krieg gegen Sowjetrußland. „Man müßte nur einige tausend Bajonette gegen die roten Schurken schicken und dann wird Rußland wiedergenesen." Des weiteren macht Gorjalow den Vorschlag, nicht für die Bevölkerung Rußlands, sondern für die Wrangelarmee überall Sammlungen einzuleiten. „Im Namen der Menschheit helft Wrangel!" Mit diesen Worten schließt Gorjalow das Interview.

Die Arbeiterkämpfe in Polen.

Der Streik in Lodz verschärft sich. Es streiken die Textil-, Gerberei- und Metallarbeiter und das Apothekerpersonal. Die Verhandlungen in der Textilindustrie blieben ergebnislos. Eine in Lodz zusammengetretene Konferenz von Vertretern der Gewerkschaften hat einen Vollzugsausschuß gewählt, der einen allgemeinen Sympathiestreik zur Unterstützung der Textilarbeiter durchführen soll.

In Warschau sind Lohnbewegungen unter den Arbeitern und Angestellten der städtischen Betriebe im Gange.

Frankfurter Kommunistenprozeß.

5. Verhandlungstag. Vormittagssitzung.

Mit welcher Infamie und Brutalität die Justiz im Reiche Fritz Eberts arbeitet, erwies sich eingangs der heutigen Verhandlung, als der gestern aus der Haft entlassene Angeklagte schwer gefesselt als „Schutzhaftgefangener" aus dem Polizeigefängnis vorgeführt wurde. Allgemeine Empörung löste diese Feststellung bei den im Gerichtssaale Anwesenden aus, als die Verteidiger diesen Willkürakt der Oeffentlichkeit preisgaben. Der Vorsitzende erklärte kleinlaut, daß wohl der Haftbefehl aufgehoben sei, Herzstein jedoch dem Frankfurter Polizeipräsidium zur Verfügung gestellt sei, daß die „Schutzhaft" verhängt habe, um ihn über Frankfurt a. O. nach Polen abzuschieben! — Und dieses alles, nachdem sich die absolute Schuldlosigkeit des H. herausgestellt. Genosse Dr. Seckel erhob gegen diese Machinationen den schärfsten Protest und Justizrat Dr. Fränkl stellte fest daß durch dieses Verfahren das ohnehin schon stark ramponierte Ansehen der deutschen Justiz unter ein Mindestmaß herabsinke und eine derartige Handhabung der Rechtspflege nicht einmal im wilhelminischen Deutschland vorgekommen sei. Die verlegene Erwiderung des Vorsitzenden, daß das Sondergericht auf den weiteren Lauf der Dinge keine Einwirkungsmöglichkeit habe, ließ Justizrat Dr. Fränkl nicht gelten und erklärte, daß er von seiner Feststellung nichts zurücknehmen könnte.

Sodann trat man in die weitere Vernehmung der Zeugen ein. Als erster wurde der seitens der Verteidigung geladene Sachverständige Prof. Dr. Goldstein vernommen, der ein Gutachten über den Gesundheitszustand des Angeklagten Lehmann erstattete. L. ist dem Sachverständigen schon mehrere Jahre bekannt, da er wiederholt in seiner Behandlung gestanden hat. Der Angeklagte ist erblich erheblich belastet und im Lauf der Jahre steigerte sich sein nervöses Leiden derart, daß zeitweise eine vollständige Bewußtseinstrübung bestehe. Diese sei so stark, daß man L. beinahe den Schutz des § 51 zubilligen müßte. Eine Haftfähigkeit bestünde keinesfalls, da durch die Fortsetzung der Haft der Angeklagte gesundheitlich vollständig zusammenbrechen müßte. — Wir wahr diese Feststellung war, hat sich aus dem weiteren Verlauf der Dinge ergeben.

Gegen den erneut gestellten Haftentlassungsantrag wandte sich Staatsanwaltsrat Ramin und beantragte nochmalige Ladung des bereits gestern vernommenen „Sachverständigen" Gefängnisarztes Dr. Roth. Gegen diese Ladung erhob die Verteidigung den schärfsten Widerspruch und erklärte, daß das gestrige Sachverständigenurteil R.'s die Dinge geradezu auf den Kopf stellte, da Roth konstatierte, daß der Gesundheitszustand Lehmanns gut sei, trotzdem er innerhalb kurzer Zeit nicht weniger wie 45 Pfund abgenommen hat. Als der Gefängnisarzt trotzdem telephonisch herbeigerufen wurde, verließen die beiden Verteidiger als Zeichen des Protestes demonstrativ den Sitzungssaal, um ihn erst wieder zu betreten, als Roth sein Sprüchlein heruntergeleiert hatte. Der Beschluß soll später verkündet werden.

Nach diesen ziemlich erregten Debatten ging die Zeugenvernehmung weiter vor sich und erschien der Zeuge Arbeiter H. Duttweiler, der als Trinker Angaben, die er früher gemacht hat, heute nicht mehr aufrechterhalten kann und angibt, seiner Zeit bei Abfassung des Protokolls nicht ganz nüchtern gewesen zu sein. Zeuge Hermann Ochs, 17 Jahre alt, ist früher durch den Angeklagten Faber in die KAPD. aufgenommen worden und will während einer Zusammenkunft von Funktionären der Partei einmal Posten gestanden haben. Seine Angaben lauten unbestimmt und sind ziemlich verworren, so daß seine Vereidigung vorerst ausgesetzt wird. Zeuge Schlosser, Emil Klemm und die Ehefrau des Angeklagten Lehmann sagen nichts Bemerkenswertes aus. Die nächste Zeugin, Dienstmädchen Marie Volk, war im September 1920 bei dem Stadtrat Baer in Stellung als der Raubversuch wegen der Goldkiste gemacht wurde. Mit einer Leichtfertigkeit und Frivolität ohne gleichen beschuldigt in der Anklageschrift der Staatsanwalt den Angeklagten Kunz der Teilnahme an dem Verbrechen, ohne sich vorher zu vergewissern, ob eine Beteiligung überhaupt in Frage kommen könne. Trotz wiederholten Ersuchen Kunz's hat seine Gegenüberstellung nicht stattgefunden. Diese ging erst heute im Gerichtssaal vor sich und endigte mit der riesigen Blamage des Staatsanwalts, da weder die Zeugin Volk noch die nachher vernommene Köchin Paula Groß, die auch bei Baer angestellt war, den Angeklagten kannten und mit aller Bestimmtheit seine Nichtanwesenheit bei dem Raubversuch feststellten. Auch von den übrigen Angeklagten wurde niemand erkannt.

Begreiflich war die Erregung des Kunz und der Verteidigung, als sie nochmals die Fahrlässigkeit der in Frage kommenden Behörden geißelten, die drauf und dran sind, die persönliche Ehrenhaftigkeit eines Proletariers und Kommunisten bewußt zu besudeln. Die Verteidiger stellten fest, daß es nicht Recht, sondern Pflicht des Vorsitzenden gewesen wäre, derartige infame und durch nichts gerechtfertigte Verleumdungen der Anklageschrift auszumerzen. Aber da es sich um die Ehre „nur eines Proleten" handelt, ist man nicht so rücksichtsvoll, wie in den Fällen Jagow und Eulenburg! Das Ehepaar Luther und Frl. Trebur machen keine besonderen Angaben. — Der Kriminalassistent Gehrmann, ein vollgefressener Spürhund der Bourgeoisie hat seinerzeit die Haussuchungen bei Lehmann vorgenommen und erklärt unter seinem Eid, daß die Polizei nicht mit Spitzeln zusammenarbeite, welche Aeußerung bei den Angeklagten, im Zuhörerraum und sogar bei den Richtern ziemliche Heiterkeit auslöste. — Pflicht wäre es seitens des Staatsanwalts u. E. gewesen, diesen „vereidigten Beamten" wegen Meineids sofort zu verhaften. Ueber die Persönlichkeit, die der Polizei den Angeklagten Kunz denunzierte, will G keine Auskunft geben, da dieses unter das Dienstgeheimnis falle! (Also wohl ein Spitzel.) Kriminal-Oberkommissar Silbersdorf hat seinerzeit den Transport des Kunz nach Berlin geleitet und ihn als einen ruhigen, anständigen Menschen kennengelernt.

Um 1 Uhr wird in eine einstündige Mittagspause eingetreten, nach deren Ablauf der Angeklagte Herzstein ungefesselt wieder in den Verhandlungsraum hineingeführt wird. Der Beginn der Verhandlung verzögert sich, da der Zustand des Angeklagten Lehmann inzwischen derartig geworden ist, daß man ihn nicht einmal mehr wie am Vormittag an den Armen hineinschleifen kann. Der Vorsitzende setzt die Verteidigung hiervon in Kenntnis, die nach einem Besuch bei L. die Erklärung abgeben, daß die Sitzung ohne L. fortgeführt werden solle, damit im Interesse der gesamten Angeklagten die Prozeßverhandlung nicht vollständig abgebrochen werden müsse. Kriminalbetriebsassistent Sieber war bei der Festnahme verschiedener Angeklagten mit tätig und sagt über den Erfolg seiner Tätigkei allerlei aus. Demgegenüber wird festgestellt, daß dieser Beamte der Republik als Mitglied in den Listen der Orgesch fungiert, was er auch nach einigem Sträuben gegenüber den präzisen Angaben auch zugestehen muß. Er versucht dieses mit der Motivierung zu bemänteln, daß ihm nicht bekannt sei, wie er in das Mitgliederverzeichnis hineinkomme. G. ist vor kurzer Zeit von der „Popo" (politischer Polizei) nach Abteilung VII versetzt. Das Zeugnis der Kriminal-Betriebsassistenten Schütrumpf, Krause und Klein ist ohne besondere Wichtigkeit. Kr. Betr. Ass. Meiner will den Angeklagten Herzstein in der seinerzeit in der Börse abgehaltenen und später gesprengten deutschnationalen Versammlung gesehen haben, der ihm damals unter dem Namen Leo bekannt war. Es wird jedoch erwiesen, daß H. an dem fraglichen Abend nicht an diesem Platze war. Gerichtschemiker Dr. Popp hat das gefundene Sprengmaterial untersucht und stellt fest, daß dieses nicht Dynamit, sondern ein wohl aus dem Kriege herrührendes und umgearbeitetes Pulver darstellt, das vielfach zu Festlichkeiten als Kanonenschläge verwendet wird und dessen Sprengkraft nicht so besonders erheblich sei. Die Angaben der Zeugen Ehefrau Bauer, Ehepaar Ritter, Joh. Jung, Stier, Krauß, Haß, Lucas und Frau Gilles sind lediglich nebensächlicher Natur. — Mit der vom Angeklagten Kunz gewünschten Feststellung über seine im August 1920 nach Rußland unternommene Reise, die im Auftrag des Parteitages zu Zwecken der Berichterstattung erfolgte, und die die Richtigkeit der Angaben K.'s bestätigte, wird die ausgedehnte Verhandlung gegen 6 Uhr auf Montag vormittag vertagt.

Gewerkschaftliches.

Für die revolutionäre Einheitsfront.

Die Arbeiter der Klawitterwerft bei Danzig nahmen am 27. Juli zur Lohnabbauoffensive der Unternehmer und zu der steigenden Teuerung Stellung. Nach längerer Aussprache wurde eine Resolution einstimmig angenommen, die sich an die politischen Arbeiterparteien und die Gewerkschaften der Freien Stadt Danzig richtet. Es wird darin gegen die Maßnahmen des Danziger Senats in bezug auf Steuerraub, Erhöhung der Brotpreise usw. protestiert und ein energischer Widerstand gegen die Offensive der Unternehmer, mit denen der Senat Hand in Hand arbeitet, gefordert. Die Versammlung verlangt von den politischen Arbeiterparteien sowie von den Gewerkschaften die sofortige Bildung einer gemeinsamen Kampffront im Sinne des „Offenen Briefes" der VKPD. und der 10 Forderungen des ADGB. Zu diesem Zweck soll eine gemeinsame Aktion eingeleitet werden mit allen Machtmitteln des Proletariats. Die Angehörigen der verschiedenen Parteien stimmten dafür.

Streik in der Hüttenindustrie.

Auf dem Phönix-Werk in Hörde waren die Hochofenarbeiter in eine Lohnbewegung eingetreten. Die Verwaltung lehnte die Forderungen der Arbeiter ab, worauf diese die Arbeit niederlegten. Durch den Streik der 1000 Hochofenarbeiter sind weiter 9000 Mann der Phönix-Werke zum Feiern gezwungen. Die Verwaltung will es anscheinend auf eine Machtprobe ankommen lassen, da sie den Arbeitern nicht das geringste Entgegenkommen zeigt und bis jetzt ihren berechtigten Forderungen schroff ablehnend gegenübersteht.

Streik der sächsischen Glasarbeiter.

Seit dem 26. Juli befinden sich die Glashüttenarbeiter des Lauschaer Bezirks in den Orten: Steinach, Blechhammer, Haselbach, Lauscha, Ernstthal, Biesau, Schmalenbuche und Gauerstthal im Streik. Die Ursache ist das ablehnende Verhalten der Hüttenbesitzer gegenüber einer eingereichten Lohnerhöhung von 75 Prozent. Auch im Hannoverschen Bezirke befinden sich die Glasarbeiter in einer Lohnbewegung, die jedoch noch nicht zum Ausbruch eines Kampfes geführt hat.

Aussperrung in der Bielefelder Metallindustrie.

Bielefeld, 1. August 1921.

„Die gesamte Metallarbeiterschaft ist seit heute früh ausgesperrt."

Wir werden bei Vorliegen eines eingehenden Berichtes zu dieser Aussperrung Stellung nehmen.

Aus der Buchdrucker-Bewegung.

Die Leipziger Buchdruckerversammlung, von etwa 2000 Kollegen besucht, hat mit Zweidrittelmehrheit beschlossen, den erneuten Schiedsspruch des Arbeitsministeriums abzulehnen und an den alten Forderungen festzuhalten. Der Gauvorstand hat mit den Leipziger Buchdruckereibesitzern sofort in Verhandlungen einzutreten und der Gehilfenschaft zu berichten.

Die Zertrümmerer des Metallarbeiterverbandes.

In einer Mitgliederversammlung der Zahlstelle Hohenstein-Ernstthal des DMV. wurde der Bevollmächtigte Kollege Emil Freitag als Delegierter zur kommunistischen Reichskonferenz in Berlin mit erdrückender Mehrheit bestimmt. Selbst das eine Dutzend Kollegen der SPD., das gegen die Beschickung gestimmt hatte, war schließlich damit einverstanden, als sie erfuhren, daß die Delegationskosten durch eine Sammlung aufgebracht werden sollten. Aber einige andere SPD.-Kollegen, die gar nicht in der Versammlung waren und sich überhaupt nicht um die Gewerkschaftsarbeit kümmern, hielten die Gelegenheit für günstig, um den Kommunisten eins auszuwischen und beschwerten sich beim Vorstand unter Angabe von allerhand Unwahrheiten. Der Hauptvorstand antwortete: „Es bedarf nur noch eines Antrages, dann wird gegen Freitag eingeschritten." Dieser Antrag wurde dann auch von Lebe-Dresden gestellt und die Gewerkschaftszertrümmerungskommission des DMV. beschloß mit 3 gegen 2 Stimmen, den Ausschluß beim Hauptvorstand zu beantragen. Dieser Ausschluß wurde dann auch verfügt. Nach Bekanntwerden des Ausschusses protestierte die ganze Zahlstelle und sogar diejenigen SPD.-Kollegen, die Freitag selber denunziert hatten, gegen das Verhalten des Hauptvorstandes und erklärten, einen Ausschluß hätten sie nie gewollt.

Mit solcher Gemeinheit und Brutalität betreibt der Hauptvorstand des DMV. sein Zertrümmerungswerk, daß es selbst denjenigen SPD.-Arbeitern, denen die Kommunisten weiter nichts sind als verhaßte Revolutionäre, höchst ungemütlich zu werden beginnt. Nur dadurch, daß der Hauptvorstand die alte Methode Dißmanns von den Rechten der Mitgliedschaft verhindert hat in eine Diktatur des Hauptvorstandes gegen die Mitgliedschaften, war es überhaupt möglich, daß sich die [illegible] Gewerkschaftsbürokratie gegen die sich immer mehr revolutionierende Arbeiterschaft halten konnte. Nunmehr muß ihr ein donnerndes Halt zugerufen werden. Alle Arbeiter und Gewerkschaften müssen sich zusammentun, um die Einheit ihrer Verbände gegen die Zerstörungsversuche der Gewerkschaftsbürokratie zu erhalten.

Das Polizeipräsidium des Saarreviers als Handlanger der Unternehmer.

Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe im Saargebiet versendet ein Rundschreiben an seine Mitglieder, in dem es heißt:

„Der Aussperrungsbeschluß vom 19. 7. d. Js. bezieht sich selbstverständlich auf alle Tiefbaubetriebe, es sind also sämtliche Erdarbeiter umgehend mit auszusperren. Wir ersuchen unsere Herren Vertrauensleute, darüber zu wachen. Durch Verhandlungen mit dem Polizeipräsidium des Saargebiets ist erreicht, daß Pässe nach Frankreich an streikende Arbeiter seit 21. 7. nicht mehr ausgestellt werden. Wir ersuchen alle Mitglieder dringend, uns die Namen, Geburtsorte usw. von Arbeitern umgehend mitzuteilen, von denen sicher feststeht, daß sie zurzeit des Streikausbruchs oder kurz vorher nach Frankreich ausgewandert sind. Für deren Rückbeförderung werden wir uns bemühen."

Die Arbeiter, die für eine Verbesserung ihrer Hungerlöhne kämpfen müssen, oder die vom Unternehmertum durch den Aussperrungsbeschluß auf die Straße gesetzt worden sind, sollen also gezwungen werden, im Saargebiet zu bleiben und dort entweder zu verhungern oder sich dem brutalen Unternehmertum zu unterwerfen. Wenn die Arbeiter, die evtl. im Elsaß Arbeit erhalten könnten, aber von den Polizeibehörden gewaltsam zurückgehalten werden, in Erregung kommen und gegen diese Unterdrückungsmaßnahmen protestieren, dann wird die ganze bürgerliche Presse wieder das Geschrei von einem „kommunistischen Putsch" erheben.

Die Arbeiter im Saargebiet sind seit der Einführung der Frankenwährung in der bedrängtesten Lage, weil die Kaufkraft der Mark rapid gesunken ist. Nun, da sie dafür kämpfen, daß sie ihre Löhne in Frankenwährung bekommen, arbeiten Polizei, deutsche und französische Unternehmer zusammen in dem großangelegten Aussperrungsfeldzug gegen die Arbeiterschaft.

Breslauer Nachrichten

An alle Breslauer Postabbonnenten.

Der Verlag hat zusammen mit der Ortsgruppe dafür gesorgt, daß in allen Stadtteilen die Zeitungen durch Trägerinnen besorgt werden. Deshalb fordern wir alle Breslauer Postabonnenten auf, ab 1. August die Zeitung direkt beim Verlag zu bestellen.

Ferner teilen wir mit, daß der Preis der Zeitung bei wöchentlicher Zustellung nicht 1,40 Mk., sondern 1,50 Mk. beträgt.

Nie wieder Krieg!

Unter dieser Parole hatten die Gewerkschaften, die SPD., die USPD., der Reichsbund für Kriegsbeschädigte und die Friedensgesellschaft alle Friedensfreunde nach dem Schloßplatz gerufen. Ein kleines Häuflein von 3000 Mann war erschienen, bei den Massen, die hinter den ebengenannten Organisationen stehen, ein beschämendes Zeichen.

Die sechs Redner gaben sich die redlichste Mühe, ihren Verrat, den sie durch die Durchhaltepolitik betrieben haben, zu verschleiern. Sie protestierten gegen den Krieg, weil er etwas schreckliches, die Kultur zerstörendes sei, und konnten nicht den Weg finden zu der Erkenntnis, daß imperialistische Kriege so lange geführt werden, so lange die kapitalistische Gesellschaft mit ihrem Expansionsdrang besteht. Nur durch den entschlossenen, nimmer rastenden Kampf gegen dieses System, gegen diese Gesellschaft wird es möglich sein, einen neuen imperialistischen Krieg und einen neuen Verrat der „Arbeiterführer" zu verhindern.

Heil!

Der Stadt Breslau ist Heil wiederfahren. Durch die Weisheit der Regierung hat sie allerdings keinen neuen Kriminalinspektor, wohl aber einen neuen, funkelnagelneuen Kriminalkommissar erhalten. Herr Lyß hat endlich Anerkennung für seine der Republik geleisteten Dienste gefunden und ist aus einem „Hilf"- in ein etatsmäßiges Stadium getreten. Endlich ein Lorbeer für seinen Kampf gegen die Kommunisten. Wir wünschen Ihnen Glück, Herr Kommissar! Wir wünschen, daß Sie und Ihre untergeordneten Organe keinen so bösen Reinfall erleben wie beim Fall Wolstein und dem uns soeben zu Ohren gekommenen Fall Ihres Lockspitzels in Landeshut. Wir wünschen Ihnen Kraft und Gesundheit, Herr Kommissar, damit Sie mit Ihrer starken Faust nicht gegen die konterrevolutionären Junker, denn da könnten Sie keine Lorbeeren ernten, wohl aber gegen die † † † Kommunisten „arbeiten" können. — — Heil!

Sozialdemokratische Praktiken

Die Verbandsleitung des DMV. ist befriedigt von dem Sieg Amsterdams gegen Moskau. Von einigen Genossen wird uns mitgeteilt, daß mindestens 250 Stimmen auf das Konto der Arbeitersänger von Auswärts kommen. Wir finden es als selbstverständlich, daß jeder sein Wahlrecht ausübt, wo er gerade sich aufhält. Umso mehr schmilzt aber der Erfolg der Nachläuferschaft von Wirsich und Konsorten, wenn von 14000 Mitgliedern knapp 3000 zur Wahl geben, zusammen.

Wirsich hat aber bei dem Stimmzetteldruck eine schamlose Wahlbeeinflussung begangen. Er hat bei Liste A darüber geschrieben: Aufgestellt von den Betriebsräten und Vertrauensleuten und über Liste B: Aufgestellt von der Vereinigten Kommunistischen Partei.

Wenn wir auch annehmen, daß sich diejenigen, die die Liste der Kommunisten wählen wollten, nicht beeinflussen lassen, so ist es eine Gemeinheit, dies auf die Vorschläge zu setzen. Die Liste B ist auf der allgemeinen Mitgliederversammlung aufgestellt und nicht von der VKPD. Die Wirsich und Konsorten sind ja solch traurige Lumpen, daß sie lieber ihre ganze Fähigkeit ausgeben in der Bekämpfung der Kommunisten, als daß sie zum Beispiel beim Breslauer Lohnamt als Vertreter von Klassenkämpfern ihren Mann stehen.

Die schießende Sipo.

Freitag nachmittag 2.40 Uhr wurde eine Schupoabteilung von einem Chauffeur um Hilfe angegangen, den 5 Banditen nach einer Rundfahrt an den Oswitzer Friedhöfen abgesetzt hatten, nachdem sie ihn zur Herausgabe der Papiere gezwungen hatten. Es war dem Führer noch geglückt, den Wagen unfahrbar zu machen. Er wurde zurückgerufen und sollte sich als Fahrer an der Bande beteiligen. Er sagte zum Scheine zu und gab vor, den Wagen erst in der Stadt ausbessern zu müssen. Dann holte er die Sicherheitsbeamten, die bei der Ankunft von den Banditen beschossen wurden. Das Feuer wurde erwidert, ein Bandit ist tot, einer verwundet, zwei sind festgenommen, einer entkommen. Der Verwundete, der einen Halsschuß erlitten hat, und im Allerheiligen-Hospital liegt, ist der 19jährige Elektromonteur Theodor Kalder aus Lipine bei Beuthen O.-S.; der eine der Gefangenen ist der 23jährige Arbeiter Oskar Spren aus Groß-Masselwitz, der andere der 18jährige Handelsschüler Wilhelm Kaiser aus Stabelwitz bei Breslau. Der Tote hat einen Brustschuß erlitten, der den Flüchtenden durchdrang und auf der Stelle tötete.

Von einem Augenzeugen wird uns dazu mitgeteilt, daß es den „Banditen" gar nicht eingefallen ist, zu schießen, oder sich zur Wehr zu setzen. Sofort als die Sipo anrückte, eröffnete sie das Feuer auf die „Banditen". Bei geschicktem Vorgehen hätte die Sipo die Leute einschließen können. Bei einer etwaigen Flucht hätten sie erst durch den Kanal, dann durch die Schleuse und dann durch die Oder schwimmen müssen. Die Sipo, die durch ihre Kasernierung aber erzogen wird, wie der Soldat früher, geht bei derartigen Anlässen vor, wie in „Feindes"-land. Disziplin und Eingehen auf die Psyche des Volkes sind bei diesen Prügelknaben, die sich „Schupopolizei" nennt, böhmische Dörfer.

Die Sipobeamten sollten etwas mehr um ihren Ruf bedacht sein, damit sie bei der Bevölkerung nicht vollends allen Kredit verlieren.

Die Verhaftung der Genossin Wolstein.

Die bürgerlichen Zeitungen bringen eine, wie es scheint vom Polizeipräsidenten inspirierte Meldung, daß bei der Verhaftung die Annahme bestand, daß es unsere Genossin Ruth Fischer sei, die unter der Maske der Immunität gesprochen habe.

Wir stellen fest, daß davon der Lyß und auch nicht der Liebermann bei der Frage der Genossin Wolstein etwas gesagt hat. Diese feinen Kommunistenerzieher waren paff. Das war tatsächlich so, wie Eicherich einmal sagte, sie hatten die Hosen voll. Sie erklärten es als einen Mißgriff der untergeordneten Organe. Wir kennen diese „Mißgriffe". Die Popo und ihre Häuptlinge Lyß und Liebermann haben schon so viele Mißgriffe getan, daß es an der Zeit ist, daß die vorgesetzte Behörde endlich einmal, den großen Mißgriff wieder gutmacht und diese beiden Kumpanen aus dem Polizeipräsidium hinausschmeißt.

Vielleicht hören dann die Mißgriffe auf.

An die Ortsgruppenvorsitzenden und Gewerkschaftsobleute.

Wie uns mitgeteilt wird, verzögert sich die Rückkehr der Delegierten vom Weltkongreß der Roten Gewerkschaften bis Mitte und Ausgang August.

Alle bereits vorgesehenen Versammlungen zur Berichterstattung müssen deshalb auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden.

Wir bitten aber, bis Ausgang des August die Vorbereitungen so zu treffen, daß, wenn wir einen neuen Versammlungsplan hinausgeben, wir auch sofort Lokal und Zeit erfahren, um das nötige Propagandamaterial, Plakate und Handzettel herstellen zu können und den Ortsgruppen zur Verfügung zu stellen.

Genossen! Wenn auch diesmal wieder in manchen Orten eine Vorarbeit vergeblich geleistet wurde, woran wir keine Schuld tragen, so müssen jetzt die Versammlungen erst recht ausgestaltet werden. Sie müssen werden ein Bekenntnis der Proletariermassen zu Sowjetrußland und zur Roten Gewerkschaftsinternationale.

Verloren! Ein Genosse verlor am 22. 7. im Distriktslokal, Westendstraße, Ecke Posener Straße, seine Brieftasche mit Inhalt. Der ehrliche Finder wird gebeten, dieselbe Posener Straße Nr. 85, 4. Etage, bei Genossen Barniske oder im Parteibüro abzugeben.

Ueber die Mietserhöhung. Laufende Verträge werden von dem Abänderungsbeschluß nicht berührt. Der Herr Regierungspräsident hat im Einverständnis mit dem Herrn Minister für Volkswohlfahrt seinen Einspruch gegen den Beschluß des Magistrats am 23. Juli 1921 zurückgezogen.

Um Mißverständnissen und falschen Auslegungen vorzubeugen, wird hervorgehoben, daß die Vermieter nicht berechtigt sind, den neuen Mietzuschlag sofort zu fordern, sondern daß bei Mietsverhältnissen mit einmonatiger Kündigung der neue Mietzuschlag **frühestens** vom 1. September ab, und bei Mietverhältnissen mit vierteljähriger Kündigung der Mietzuschlag frühestens vom 1. Januar 1922 ab beansprucht werden kann. Sofern Mieter sich zu einer weiteren Mietserhöhung im Rahmen der neuen Mietzuschläge ohne berechtigten Grund nicht bereit finden sollten, steht es den Vermietern frei, bei unserem Mietseinigungsamt, Baracke Blücher-Platz, Eingang Ringseite, zu beantragen, ihnen die vorherige Zustimmung zur Kündigung zum Zwecke der Mietsteigerung zu erteilen. Eine Kündigung von Mieträumen, die ohne vorherige Zustimmung des Mieteinigungsamtes ausgesprochen wird, ist rechtsunwirksam.

Aus der Provinz

Lustenau. Am Sonntag, den 10. Juli, fand in Lustenau ein Schützenfest statt, an dem sich auch der ehemalige Genosse **Lachmann, der seit Dezember 1920 nicht mehr Mitglied der Partei ist, beteiligte.** Das rechtssozialistische Organ, die „Görlitzer Volkszeitung" schreibt nun in ihrer Nummer vom 14. Juli in bekannter Manier über Theorie und Praxis der VKPD. Sie verschweigt aber, daß ihr Mitglied und Betriebsrat, der Bergmann Trautmann, hervorragenden Anteil an dem Schützenfest genommen hat.

„Verleumde nur so viel du kannst, es wird schon etwas hängen bleiben," sagt ein altes jesuitisches Sprichwort!

Aus dem Waldenburger Revier

Gottesberg. Aus der moralischen Hochburg. Wie man uns aus Gottesberg mitteilt, rühmte sich der „große Geist" von Gottesberg, der Gewerkschaftssekretär Scholz, daß er in seinem „Büchel" einige kommunistische Namen von Personen habe, die, wenn sie sich einmal mausig machten, in der Oeffentlichkeit bloßgestellt werden würden. — Wir fürchten absolut nicht, daß das sogenannte Material dieses „Augen bewährten" Gewerkschaftsbonzen veröffentlicht wird! Was wir als gemein und niederträchtig festnageln wollen, ist die Methode dieses proletarischen Ehrenmannes, der nur wohl dann damit herauskommen will, wenn sich einer dieser Genossen „unbotmäßig" benimmt. Wir wären trotz dieser bodenlosen Gemeinheit, die hinter diesem Gebahren steckt, dankbar, wenn sich Herr Scholz keinen Zwang antut. Und warum? Weil wir jeden arbarmungslos herausschmeißen, von dem wir etwas erfahren, daß er unehrlich gehandelt hat. Das unterscheidet uns ja so angenehm von der sozialdemokratischen Partei der Sklarz, Helphand, Parvus, Noske, Winnig, Scheidemann und Konsorten. Ja, der Herauswurf wegen unehrlichen Handlungen scheint in der sozialdemokratischen Partei längst als unmoralisch zu gelten, sonst wäre es nicht möglich, daß solche Sumpfpflanzen wie die Vorgenannten, sich so lange der Mitgliedschaft dieser Partei rühmen können. Das kann uns aber erst recht nicht abhalten, so kurz und bündig zu verfahren, wenn es not tut. — Im übrigen ist es uns recht angenehm, wenn Herr Scholz aus seinem Herzen keine Mördergrube macht und fängt an zu enthüllen. Wir stellen jetzt gerade aus der sozialdemokratischen Partei sowie aus dem Bergarbeiter-Verband einen kleinen Band sozialdemokratischer Verfehlungen und materieller Vergehen zusammen, um dieses nette Büchlein, wenn es gebunden und geheftet ist, dem Waldenburger Proletariat zum Nachlesen vorzulegen. — Sir, Bauer, manchmal ist's im Leben so, daß auch umgekehrt ein Schuh daraus wird.

Schlechte Unfallverhütung. Recht üble Zustände herrschen auf den Schles. Kohlen- und Koks-Werken, in puncto „Unfallverhütungsvorschriften". Die in Abteilungen sich befindlichen Holzrollen sind solchen „Unfallverhütungsmaßnahmen" unterworfen. Außerdem sind sie bergpolizeilich angeordnet. Nach den bergpolizeilichen Vorschriften müssen in Strecken, in denen sich Holzrollen befinden, Signalleitungen und Tafeln angebracht sein, die Tafeln mit der Aufschrift: Ein Schlag bedeutet „Halt", zwei Schläge „Werfen". Wir fragen nun: Wo bleiben die Warnungstafeln und Signalleitungen? Z. B. auf Meitauschacht. Soll erst durch unverständliches, oder irreführendes Rufen irgend ein Kamerad erschlagen werden? Wie leicht kann es übrigens vorkommen, daß ein Kamerad überhaupt das Rufen überhört, und durch herabgeworfenes Holz verunglückt. In den bergpolizeilichen Vorschriften ist ebenfalls angeordnet, daß Fahrschächte auf keinen Fall durch Holzrollen geführt werden dürfen! Auch diese Bestimmung wird oft hintergangen. Ein Wunder ist es, daß hier bei so mangelhaften Einrichtungen noch kein größeres Unglück passiert ist.

Auch liegen die Berieselungsanlagen sehr im Argen. Die Vorschrift sieht vor, daß vor jedem Pfeiler, jeder Strecke, Schwebende oder Querschlag die Berieselungsanlagen angebracht sein müssen. Aber was erlebt man? Der Kohlenstaub sammelt sich stellenweise fingerdick an, ohne, daß überhaupt eine Spritzleitung in der Nähe ist. Wo soll, oder kann man da der Vorschrift noch gerecht werden daß alle 20 Meter ein Ventil an der Leitung angebracht ist. Soll hier erst ein zweites Mont-Cenis Abhilfe schaffen? Die Arbeiter wenden sich scharf gegen das mangelhafte Beachten der elementarsten Sicherheitsvorschriften und fordern die Bergbehörde auf, sofort hier Abhilfe zu schaffen. Was sagen übrigens die rechtssozialistischen Arbeiter, deren Leben doch ebenso gefährdet ist, wie das jeden kommunistischen Arbeiters dazu? Wir würden ihnen raten, diesen sogenannten Arbeiterführern mit moralischen Peitschenhieben beizubringen, daß auch sie sich um diese Dinge die eine Gefahr für die Bergarbeiterschaft bedeuten, kümmern. Oder wollen sie auch glauben machen, sie wüßten von all dem nichts?

Wenn es so ist, dann jagt sie zum Teufel.

Waldenburg. Im Kohlentrichter erstickt. Einen schrecklichen Tod fand auf dem Julius-Schacht bei Weißstein der Lehrhäuer Gustav Löring aus Altwasser. Er stürzte in einen Kohlentrichter, in welchem die Kohlenmassen ihn verschütteten, so daß er ersticken mußte.

Alt-Säßig. Zur Beseitigung der Typhusepidemien trägt jedenfalls nicht folgender Vorfall, den wir zur Kenntnis bringen, bei. Der Gutsbesitzer **Laske** zerhackte ein gefallenes Pferd und warf es in einen auf seinem Grundstück gelegenen 30×50 Meter großen Teich, damit es dort verwese. Wir sind der Meinung, daß, wenn das Wasser aus versehen zu Trinkzwecken verwandt wird, die schönste Typhusepidemie ausbrechen kann.

Auch in Gottesberg, wo eine SPD.-Mehrheit auf dem Rathause herrscht, fördert man die Seuche. Man entleert dort den Inhalt der Abortgruben auf die Wiesen, die zur Gewinnung des Trinkwassers Verwendung finden.

Die Behörden mögen auf **diese** Mißstände ein Auge werfen.

Alt-Läßig. Nette Verbandsfunktionäre sind auf der Zahlstelle Alt-Läßig des Bergarbeiterverbandes. Der Vorsitzende Rupprecht hat sich erlaubt, einen gefaßten Beschluß umzustoßen. Es wurde der Beschluß gefaßt, dem invaliden Kameraden Köhler einen zweiten Sprengel zum Kassieren zu geben, da er von seiner Unterstützung nicht leben kann.

Nun kam der Streik und Kamerad Köhler hatte sich erlaubt gegen die niedrige Unterstützung zu sprechen, was er mit Recht tat. Da haben die Bonzen Rupprecht und Artel den Kameraden Köhler gemaßregelt, ihm den zweiten Sprengel nicht gegeben, und ihm den Entzug der ganzen Kassiererei angedroht. Diese Bonzen wollen gegen die Maßregelungen durch die Unternehmer Front machen, und maßregeln selbst ihnen unliebsame Kameraden, die ihnen nicht die paar Bettelbrocken aus der Hand fressen. — Pfui Teufel!

Rote Hilfe

Jede der 1248 Frauen der erschlagenen oder hinter Zuchthausmauern schmachtenden Revolutionäre braucht täglich 10 ℳ von der „Roten Hilfe".

Jedes der 2620 Kinder dieser Revolutionäre braucht täglich 1,50 Mark Unterstützung von der „Roten Hilfe".

Die „Rote Hilfe" braucht dazu täglich 16410 Mark.

Proletarier, helft!

Sammelt für die „Rote Hilfe" und sendet das Geld an Rudolf Belke, Postscheckkonto Breslau Nr. 38599, Bücherei.

Peterswaldau. Die Genossen in Peterswaldau haben die Kolportagegelder der Zeitung für Monat Juni dem Verlag zur Verfügung gestellt, der diese 49 Mark der „Roten Hilfe" überwiesen hat. Wir danken den Genossen aus Peterswaldau für diese schöne Tat und empfehlen sie auch anderen Ortsgruppen zur Nachahmung.

Verlag und Rote Hilfe.

Versammlungskalender

Frauen!

Mittwoch abend 7,30 Uhr, im Roten Löwen Frauenmitgliederversammlung. Erscheinen aller ist Pflicht.

Verantwortlicher Redakteur für Politik: Richard Janus, Berlin. Verlag Soz.-Verl., e. G. m. b. H., Breslau. Druck: Friedrichstadt-Druckerei, G. m. b. H., Berlin SW 48.

Arbeiter! Arbeiterinnen! Angestellte!

Donnerstag, den 4. August: Massendemonstration

Gegen den imperialistischen Krieg! Gegen den Belagerungszustand! Gegen die Schandjustiz! Für die Freilassung aller politischen Gefangenen! Für die soziale Revolution! Für den Sturz des Kapitalismus!

Sammelpunkt 6 Uhr abends auf dem Schloßplatz.

Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands. Ortsgruppen Breslau. **Kommunistische Jugend.**

Schauspielhaus.
Spielplan. Tel. Ring 736.
Mittwoch 7½ Uhr:
Die Scheidungsreise
Sonntag nachmittag 3½ Uhr:
Schwarzwaldmädel
Dienstag und Donnerstag 7½ Uhr:
Alexandra
Freitag 7½ Uhr
Zum 25. Male:
Die Scheidungsreise
Sonnabend 7½ Uhr:
Zum 1. Male
Das Hollandweibchen.

Inserate in der **Schlesischen Arbeiter-Zeitung** haben den **größten Erfolg.**

Genossen! Werbt neue Leser für die „Schlesische Arbeiter-Zeitung".

Hennig's Korn-Stübel und Garten
Hinterbleiche 6.
Dienstag: Eisbeine. Sonnabend: Wellwurst.
Ia. Einfach Bier wieder eingeführt.

Der Moskauer Weltkongreß

Wir haben bereits während der Tagung des 3. Weltkongresses kurz über dessen Verhandlungen berichtet. Die stenographischen Bulletins über diese Verhandlungen sind erst jetzt in größerer Zahl eingetroffen, so daß wir nunmehr imstande sind, zuverlässige und ausführliche Berichte zu geben. Da es unmöglich ist, das ganze Protokoll in einer Tageszeitung zu veröffentlichen, so beschränken wir uns im wesentlichen auf die Wiedergabe jener Ausführungen, die für unsere deutschen Genossen von besonderem Interesse sind.

Zum Bericht des Exekutiv-Komitees

Berichterstatter Sinowjew:

Genossen und Genossinnen! Was war der politische Inhalt unserer Arbeit während dieses Jahres? Selbstverständlich war diese politische Arbeit durch die Beschlüsse des 2. Kongresses bestimmt. Der 2. Kongreß war der eigentliche konstituierende Kongreß. Dieser Kongreß hat zum ersten Male das Statut der Kommunistischen Internationale ausgearbeitet. Er hat uns die Grundresolutionen über die Rolle der Parteien gebracht, er hat die Taktik der Kommunistischen Internationale in ihren allgemeinen groben Zügen definiert. Wir hatten auf dem 2. Kongreß einen Kampf nach zwei Seiten. Wir mußten diejenigen unserer Genossen bekämpfen die, wie ein Teil der englischen, italienischen, der amerikanischen Genossen, sich als linke Opposition uns gegenüber fühlten. Ich erinnere z. B. an die Frage der Labour Party. Unsere englischen Genossen waren fast einstimmig dagegen. Sie fanden, es sei Opportunismus, an der Labour Party teilzunehmen. Unsere amerikanischen Genossen, der verstorbene Genosse Reede und seine Freunde, haben sie in dieser Beziehung unterstützt. Wir haben dagegen opponiert. Wir waren der Meinung, daß gerade in England, in einem Lande, wo die Massenbewegung so prächtig wächst, wo aber der Einfluß der kommunistischen Partei so langsam sich vergrößert, daß wir gerade in einem solchen Lande unbedingt verpflichtet sind,

an jeder Massenorganisation, die Hunderttausende und Millionen von Proletariern umfaßt, teilzunehmen,

uns innerhalb dieser Organisationen zu organisieren, Zellen zu bilden, um so Einfluß dort zu gewinnen. Also in dieser Beziehung hatten wir eine ganz klare Weisung seitens des 2. Kongresses, die Weisung die dahin ging, an diesen Massenorganisationen wie die Labour Party und an den Gewerkschaften teilzunehmen. Wir sagten: Du mußt dich dort organisieren. Du mußt innerhalb der Gewerkschaften gegen die Gewerkschaftsbürokratie, gegen die reformsozialistische Politik kämpfen. Du mußt verstehen, in diesen Organisationen dem Kommunismus Einfluß zu verschaffen. Andererseits mußten wir auch während des 2. Kondresses in der Frage des Parlamentarismus gegen die linke Seite ankämpfen. Sie werden sich erinnern, daß Genosse Bordiga, von dem wir jetzt ganz ruhig sagen können, er ist einer unserer Besten in Italien und in der Kommunistischen Internationale, einer der aufrichtigsten Revolutionäre, die wir haben, der Genosse Bordiga und seine Gruppe haben in diesem Saale uns den Kampf erklärt, einen prinzipiellen Kampf gegen den Parlamentarismus. Sie wurden unterstützt von einer Anzahl der schweizerischen und belgischen Genossen. Wir haben gegen diese Auffassung gekämpft, und haben wir einen Beschluß des Kongresses durchgesetzt in dem Sinne, daß die Kommunisten auf den revolutionären Parlamentarismus nicht verzichten dürfen. Der Gesichtspunkt war derselbe, der bei der Frage der Teilnahme an der Labour Party oder in den Gewerkschaften bestimmend war. Die zweite Weisung fand ihren Ausdruck in den berühmten

21 Punkten.

Diese zweite Weisung, die noch viel mehr bestimmend war für unsere ganze Tätigkeit des Jahres, war gegen den Opportunismus, gegen die zentristischen und halbzentristischen Elemente gerichtet. Während wir von der linken Seite keine Feinde, sondern Freunde hatten, die sektiererisch gestimmt waren, die noch vieles in den konkreten Bedingungen nicht verstanden haben, hatten wir von rechts einen ganzen Wall von Feinden. Sie werden sich erinnern, daß während des 2. Kongresses die allgemeine Lage in Europa und Amerika so war, daß es damals Mode war, der Kommunistischen Internationale anzugehören. Jeder halbwegs schlaue Zentrist wollte der Kommunistischen Internationale angehören. Aus Amerika kam zu uns eine Vertretung der Hillquit-Partei. Ungefähr dieselbe Richtung wie die rechte USP. oder die Scheidemänner in Deutschland. Diese Delegation war ganz verwundert, daß wir sie nicht gastfreundlich aufnahmen. Sie werden sich erinnern, daß Dittmann und Crispien, die jetzt inoffiziell an den bürgerlichen Regierungen teilnehmen, hier waren und den Anspruch erhoben, sie wollten der Kommunistischen Internationale angehören. Sie werden sich weiter erinnern, daß die italienischen Reformisten, darunter auch D'Aragona, die sich jetzt als ganz offene Saboteure des proletarischen Kampfes darstellen, hier waren und es als selbstverständlich ansahen, daß sie der Dritten Internationale angehören wollten. Andererseits war die Lage noch so unklar und die Beziehungen noch so ungenügend, daß auch wir hier in Rußland, die wir die Blockade hatten, sehr schlecht informiert waren. Wir waren so naiv, daß wir Herrschaften wie D'Aragona, im Anfang brüderlich empfingen.

Schon während des 2. Kongresses selbst hat sich die Lage ziemlich geklärt. Der Kongreß hat, wie Sie wissen, scharf gegen rechts Stellung genommen. Auf der rechten Seite hatten wir wirkliche Feinde. Wir waren uns ganz bewußt, daß diese schlauen Leute alles schlucken werden, um sich nur in die Kommunistische Internationale einzuschmuggeln und sie von innen aus zu sabotieren. Daher die 21 Punkte. Diese Weisungen waren bestimmend für uns in unserer ganzen Tätigkeit. Wir hatten nach dem 2. Kongreß in Deutschland eine Lage, wo der Kommunistischen Internationale nur der Spartakusbund angehörte, eine Organisation mit glorreicher Vergangenheit, eine Organisation aber, die damals noch keine Massenpartei war. Und wir hatten die USP. mit einem linken Flügel. Die Aufgabe, die wir vom Kongreß erhielten, war, die besten wirklich kommunistischen Kräfte aus der USP. herauszuziehen und sie mit den Spartakisten zu vereinigen.

Nun, Genossen, wenn wir jetzt nach einem Jahre der Tätigkeit zu dem Beschluß des 2. Kongresses zurückkehren, fragen wir uns wer hatte in den strittigen Fragen mit unseren linken Freunden und mit unseren rechten Feinden Recht? Nehmen wir die Frage der Teilnahme der englischen Kommunisten in der Labour Party. Wie Sie wissen, hat die L. P. selbst auf Initiative Hendersons und Macdonalds beschlossen, unsere Genossen nicht in die L. P. aufzunehmen. Ich glaube, das ist der beste Beweis, daß wir im Rechte waren, und nicht die englischen Genossen, die fürchteten daß sie ihre kommunistische Unschuld verlieren, wenn sie in die L. P. eintreten. Die Opportunisten haben diese Gefahr sofort gespürt, sie haben sofort gemerkt, daß, wenn sich die Kommunisten in der LP. organisieren und von innen aus Einfluß auszuüben versuchen, dies für sie eine große Gefahr bedeutet. Serrat, von dem wir noch viel zu sprechen haben werden, war auch auf Seite der Linken in dieser Frage. Er hat gesagt: wie ist es möglich, in eine L. P. einzutreten? In einem Artikel schreibt er: Seht die Inkonsequenz der Kommunistischen Internationale: in Italien fordert sie den Ausschluß von Turati, und gleichzeitig verlangt sie den Eintritt der Kommunisten in die L.P. Serrati ist kein unwissendes Kind, daß er das nicht verstehen kann, daß hier ein kleiner Unterschied besteht. Er hat bewußt versucht, die italienischen Arbeiter irrezuführen. Ich glaube, unsere englischen Freunde werden uns heute zugestehen, daß nicht sie, sondern der 2. Kongreß in dieser Frage recht hatte, als wir sagten: nicht hinaus, sondern hinein in die L.P., um von innen aus die verräterischen Führer zu brandmarken. (Zustimmung.)

In der Frage des Parlamentarismus können wir während dieses Jahres noch keinen großen Erfolg verzeichnen. Das muß man gestehen. Bei allen Spaltungen hat es sich gezeigt,

daß in den parlamentarischen Fraktionen die schwankendsten, die gemäßigsten und schlechtesten Elemente sitzen.

Das hat sich gezeigt in Frankreich wie in Italien, in Deutschland wie in der Schweiz. Ueberall, wo wir während dieses Jahres Spaltungen hatten.

Noch eins: wenn Sie mich fragen, welche von den 21 Bedingungen während dieses Jahres am schlechtesten durchgeführt worden ist, so muß ich antworten: die Bedingung, die die völlige Unterordnung der parlamentarischen Fraktion unter die Partei und einen wirklichen revolutionären Parlamentarismus fordert. Und doch, Genossen, glaube ich, daß, obwohl wir während dieses Jahres auf diesem Gebiet noch nicht viel errungen haben, so ist es jetzt doch jedem Genossen klar, daß auch in dieser Frage die Mehrheit des 2. Kongresses recht hatte. Wir haben in manchen Ländern schon die ersten Erfolge aufzuweisen, und wir werden darauf dringen, daß der 3. Kongreß alles Nötige tut, um auch hier unsere Partei zu treiben.

Also, Genossen welches Vermächtnis hat die Exekutive vom 2. Kongreß erhalten? Die Losung bestand darin, die englischen, die amerikanischen Genossen, die Genossen in denjenigen Ländern, wo der Kommunismus noch schwach ist, wo eine zahlreiche Arbeiterklasse besteht, mit der Nase auf die Massen zu stoßen, alles zu tun, daß sie nicht beiseite stehen, daß sie nicht eine Sekte werden, sondern an dieser Massenbewegung teilnehmen.

Die andere Aufgabe: wo es Mode ist, der Dritten Internationale anzugehören, so hast du, die Exekutive, alles Mögliche zu tun, um alle diese superklugen Diplomaten des zentristischen Lagers zu entlarven, sie vor den Massen zu geißeln, von ihnen die besten Elemente zu nehmen und sie für die kommunistische Bewegung zu gewinnen. Große politische Aufgaben und auch sehr bedeutende organisatorische Aufgaben. Das war es, was der 2. Kongreß uns übertragen hat, und Sie sollen heute darüber urteilen, inwiefern wir in der gegebenen Lage diese Aufgaben erfüllt haben.

Die deutsche Frage

Ich gehe zur Frage der deutschen Partei über. Halle war unser erster großer Erfolg nach dem 2. Kongreß. Der Boden war während des 2. Kongresses vorbereitet. Ich glaube, wir haben durch unser Auftreten in Halle bewiesen, daß wir ganz gut wissen, die Kommunistische Internationale braucht nicht Sekten, sondern große revolutionäre Massenparteien. Und wir haben uns bemüht, in Deutschland eine Massenpartei herauszubilden. Wir glauben, daß uns das im großen und ganzen gelungen ist.

Zwei Fragen waren in Halle sehr brennend: Die erste, ob der Spartakusbund in der oder jener Form weiterbestehen soll als Vorsichtsmaßregel, als Garantie, als Ergänzungsorganisation. Im Namen der Exekutive habe ich mich dagegen ausgesprochen. Ich glaube, wir waren im Recht. Wir haben in Rußland große Erfahrungen mit solchen Organisationen gemacht. Wir sind der Meinung, daß solche Organisationen ihre innere Logik haben, daß man sich, wenn die Gefahr besteht, daß die Partei verwässert wird, lieber nicht vereinigen soll. Wenn man sich aber vereinigt, soll man das loyal tun, ohne separate Organisationen aufrechtzuerhalten. Ich muß sagen, daß alle führenden Genossen aus der Spartakusgruppe im Grunde derselben Meinung waren. Diese Frage ist daher ziemlich leicht und glatt gelöst worden.

Die zweite Frage war, welches Tempo der Entwicklung die Partei im Auge haben muß. Es war in Deutschland damals die Atmosphäre so, daß sogar Leute wie Ledebour von einer Mörderzentrale gesprochen haben. Die Bourgeoisie zusammen mit den Sozialdemokraten und der rechten USP. versuchten die Partei möglichst schnell zu provozieren, sie möglichst schnell in einen großen Kampf zu verwickeln, damit die Partei nicht die Möglichkeit hat, sich zu organisieren. Ich habe damals im Namen der Exekutive den führenden Genossen erklärt, daß wir den Genossen raten, nicht zu schnell sich auf entscheidende Kämpfe einzulassen. Selbstverständlich waren wir nicht so doktrinär, um nicht zu wissen, daß das nicht von uns allein abhängt, sondern von der allgemeinen Lage, und von der Situation, von der Haltung des Gegners. Wir waren der Meinung, man soll möglichst viel Zeit der Partei für ihre Konsolidierung lassen. In dieser Frage waren keine Meinungsverschiedenheiten zwischen uns. Es war klar, daß die Vereinigung zweier Parteien, wir nehmen an, von 100 000 und 400 000 Menschen, nicht ganz glatt vor sich gehen, daß es zu zentristischen, zu halbzentristischen Krankheiten kommen wird. Indem wir die ganze Vergangenheit der deutschen Bewegung im Auge hatten, war es uns offenkundig, daß die Gefahr auch dieser Partei keineswegs in solchem Maße von links droht als von rechts. (Zustimung.) Wir haben gesehen, daß der Spartakusbund noch vor der Vereinigung solche Situation verpaßt hätte, wie z. B. den Kapp-Putsch. Das war ein Beweis dafür, daß unsere Partei in der historischen Bewegung nicht aktiv genug war. Dasselbe war im größeren Maße bei der USP. der Fall. Als wir nun die Geschichte der Partei zurück verfolgten, sahen wir, daß Krankheiten von dieser Seite zu erwarten sind. Wir haben den deutschen Genossen während des 2. Kongresses gesagt: Wir verstehen nicht, daß Ihr, wenn bei Euch eine Bewegung kommt, und diese Bewegung eine Niederlage erleidet, sofort als Schibolet sagt, es sei ein Putsch gewesen.

Wir sagten, man soll nicht leichtfertig sein, man soll keineswegs in Kämpfe eintreten, die nicht vorbereitet sind. Aber wenn wir den Weg der deutschen Arbeiterklasse zurückschen, so können wir nicht sagen, daß das ein einziger Putsch gewesen ist, daß dieser Weg besät ist von Putschen und Putschisten.

Das ist das Leichteste, jede Bewegung, die nicht direkt gesiegt hat, als Putsch hinzustellen.

Wir in Rußland haben, ehe wir siegten ebenfalls Dutzende solcher Niederlagen erlitten. Wollten wir das alles als Putsche ansehen, wir hätten nie gesiegt (Zustimmung).

Wir befürchteten gleich bei der Gründung, daß in dieser Partei zentristische Strömungen auftreten werden. Und leider müssen wir sagen, daß diese unsere Befürchtung allzu rasch Wirklichkeit geworden ist. Ich habe von der italienischen Frage gesprochen. Ich sagte, sie ist eine internationale Frage, sie steht auch mit der deutschen Frage im Zusammenhang. Die Exekutive hat eine Resolution gefaßt und ist disziplinarisch aufgetreten gegen führende deutsche Genossen, an deren Spitze unsere verehrte Genossin Zetkin steht. Wir haben uns zwanzigmal überlegt, ob wir so vorgehen sollen. Wir waren uns dessen wohl bewußt, daß man zu solchen Resolutionen nur in äußersten Fällen greifen soll; ich habe Ihnen die italienische Frage dargelegt, der Konflikt ist auf diesem Boden gewachsen.

Wie war die Frage? Levi war in Livorno mit einem Mandat seiner Partei. Er hat in Italien mit Serrati gegen die Kommunistische Internationale konspiriert. Alles, was auf Livorno gefolgt ist, das hat das bewiesen. Levi fährt nach Deutschland, man faßt eine Resolution. Dann bringt man Amendements ein. Dann treten fünf oder sechs Mitglieder aus der Zentrale aus, weil sie in der italienischen Frage nicht mit der Exekutive einverstanden sind, und erklären, ihr habt Fehler gemacht, ihr wollt künstliche Spaltungen, Sekten usw. Serrati fährt nach Berlin, er findet den Weg nach Stuttgart. Er schreibt im „Avanti" — mit fettgedruckten Lettern ist das erschienen — die deutsche Partei sei auf seiner Seite; die junge italienische Bruderpartei erhält durch die deutschen Genossen einen Schlag in den Rücken. Ich habe den deutschen Genossen gesagt: Stellen Sie sich vor, nach der Spaltung in Halle tritt ein russischer Genosse, z. B. Lenin oder Trotzki, auf und sagt ich bin nicht einverstanden mit dieser Spaltung, ich trete aus der Zentrale aus und protestiere gegen die Exekutive. Ein solcher Schlag in den Rücken war es für die italienische Partei, jedermann hat das so auffassen müssen. (Rufe: Sehr richtig!) Wir haben gesagt man muß ja blind sein, um nicht zu sehen, daß Serrati sich zu den Reformisten zurückentwickelt hat. Ich habe heute Zitate gebracht, wie er in allen wichtigen Fragen aufgetreten ist, wie er in all seinen Artikeln die französische und die deutsche Partei beschuldigt, wie er in der Septemberbewegung die Partei verraten hat. Also es war ganz klar, wir hatten hier einen typischen Reformistenfall, und

da fällt man uns in den Rücken, tritt aus der Zentrale aus.

Radek hat geschrieben, er müßte wissen, ob man in der alten sozialdemokratischen Partei auch so leicht sein Mandat niederlegen dürfte, weil man in einer Frage nicht einverstanden war. Gesetzt sogar, wir waren in Italien im Unrecht gewesen — wir waren nur zu sehr im Recht —, auch in solchem Falle hätte man vorsichtiger sein müssen. Man hat der Exekutive vorher kein Wort davon gesagt, sie einfach vor vollendeter Tatsache gestellt. Darum waren wir der Meinung, hier ist etwas faul. Es ist nicht nur die italienische Frage. Wir sind alle große Internationalisten, aber dennoch wissen wir, daß man in Deutschland nicht so nervös wird, wenn es sich bloß um die italienische Frage handelt, daß man am meisten nervös wird, wenn es sich um die eigene Partei, um die eigene Bewegung handelt. Man fühlt den Zusammenhang.

Genossen! Sollte es sich herausstellen, daß Serrati so schlau und so geistreich und talentvoll gehandelt hat, und daß die Genossen, die ziemlich erfahrene Politiker sind, im Rechte sind und daß das alles ein Mißverständnis ist, desto besser. Aber, Genossen, hoffen wir nicht zuviel darauf.

Darum mußten wir in dieser Frage einschreiten und wir ersuchen den Kongreß, uns offen zu sagen, ob das ein Irrtum unsererseits war, damit die Kommunistische Internationale von unseren Fehlern etwas lernt. War es ein Irrtum von seiten der Genossen, die aus der Zentrale der VKPD. ausgetreten sind, so mögen sie es auch offen sagen, damit die Kommunistische Internationale auch daraus etwas lernt und damit wir uns endlich als eine internationale Partei zu fühlen beginnen.

Die Märzaktion

wird in einem besonderen Referat behandelt werden. Ich werde mich mit Wenigem darüber begnügen. Als wir die ersten Informationen über sie erhielten, waren die Genossen Braß, Geyer und Koenen hier. Wir hatten nach den ersten Informationen alle das Gefühl, endlich ist der Stein ins Rollen gekommen, endlich hat etwas in Deutschland angefangen, endlich werden wir frische Luft haben.

Als wir unsere ersten Aufrufe schrieben nach der Niederlage, haben die Genossen Braß und Geyer die Sache ebenso beurteilt, wie wir alle. (Radek: Hört! Hört!)

Wir haben den Aufruf dem Genossen Kurt Geyer in die Feder diktiert.

(Rufe: Hört! Hört!) Er fungierte als Stenograph.

Es ist dabei kein einziges Amendement durch sie abgelehnt worden. Warum haben sie so gehandelt? Eben darum, weil sie das Gefühl hatten, das jeder Revolutionär haben mußte: man hat gekämpft, der Kampf war uns aufgezwungen, der Kampf ist verloren; aber auf keinen Fall durften wir den Arbeitern in den Rücken fallen. Sie haben damals die Frage sachlich beurteilt. Darum, ich erkläre das ganz offiziell — ich bin überzeugt, daß die beiden Genossen das bestätigen müssen — ist dieser erste Aufruf zustande gekommen, in dem wir erklärt haben,

wir stehen zur Aktion.

(Bewegung.) Sie haben unsere taktischen Resolutionen gelesen, sie sahen, daß wir dort nicht mit offiziellen Lobhudeleien kommen, daß wir von Fehlern klar und deutlich sprechen. Der Kongreß ist nicht dazu da, um sich gegenseitig Komplimente zu machen.

Viel ist über revolutionäre Offensive zusammengesprochen worden. Gott behüte uns vor einer Wiederholung dieser Dummheiten. Wir sind ganz einverstanden damit, was Gen. Brandler in seiner Broschüre gesagt hat: es war keine Offensive, es war schlechtweg ein Defensivkampf. Der Feind hat uns überfallen. Ihr braucht nicht zu rufen über die Offensive. Viele Fehler sind gemacht worden, viele organisatorische Schwächen haben sich gezeigt. **Unsere Genossen in der Zentrale haben sich diesen Fehlern nicht verschlossen, sie wollen diese Fehler korrigieren.**

Die Frage ist, ob wir diese Kämpfe als einen Schritt vorwärts ansehen, als eine revolutionäre Episode auf dem qualvollen Wege der deutschen Arbeiterklasse oder als einen Putsch.

Die Exekutive ist der Meinung, daß die Märzaktion kein Putsch war.

Es ist lächerlich von einem Putsch zu reden, dort, wo eine halbe Million Arbeiter gekämpft haben. Das ist kein Putsch, das ist ein Kampf, der der deutschen Arbeiterklasse in der damaligen Situation aufgezwungen war. Wir müssen die Fehler klar aussprechen und aus ihnen lernen. Wir verheimlichen nicht, wir treiben keine Konventikelpolitik, keine Geheim-

diplomatie. Und wir sind der Meinung, daß die deutsche Partei im großen und ganzen sich dieses Kampfes nicht zu schämen hat, sondern ganz im Gegenteil. (Lebhafter Beifall.)

Der Fall Levi,

Es ist uns ein Schreiben Paul Levis zugegangen, in dem die Revision seines Ausschlusses aus der deutschen Partei gefordert wird. Das Präsidium wird dem Kongreß einen Antrag in dieser Frage vorlegen. Wie sie wissen, hat die Exekutive den Ausschluß gutgeheißen. Wir bestehen darauf, da ja in der Broschüre Levis taktische Fragen besprochen werden, daß diese bei der Frage der Taktik erörtert werden. Was die andere Frage, das Gerede über die Turkestaner und all diesen Klatsch betrifft, so glaube ich — und Sie werden derselben Meinung sein, daß es der Broschüre zu viel Ehre antun würde, wenn ich hier weiter darüber spreche. (Beifall.)

Die Exekutive und die VKPD.

Vorsitzender Koenen: Das Wort hat der Vertreter der oppositionellen Gruppe der V.K.P.D., Genosse Malzahn.

Genosse Malzahn: Ich werde meine Ausführungen auf die Märzaktion in Deutschland beschränken, die der Genosse Sinowjew ja in seinem Bericht behandelt hat. Er erklärte eingangs, als er von der Märzaktion in Deutschland sprach, folgendes: „Wir sprechen offen aus, daß große Fehler gemacht worden sind. Die Theorie der revolutionären Offensive war eine Dummheit, es war eine Schwäche. Gott behüte uns vor dieser Theorie." An dieser Erkenntnis wollen wir festhalten und wir, die wir in einer sogenannten Opposition stehen, oder als Opportunisten verschrien wurden, wir haben schon damals diese Feststellungen, die der Genosse Sinowjew machte, ganz klar erkannt. Wir sahen die Gefahr in der deutschen Kommunistischen Partei, in der kommunistischen Bewegung. Weil wir die Gefahr sahen, haben wir mit allem Nachdruck darauf aufmerksam gemacht und in dieser Weise den Kampf gegen diese Einstellung aufgenommen. Genossen, die Zentrale und fast die gesamte Parteipresse haben an dieser falschen theoretischen Einstellung festgehalten und mit allem Nachdruck bewußt diese Theorie der revolutionären Offensive betont.

Wie die Exekutive darüber denkt, das haben Sie, Genossen, ja aus dem Munde des Genossen Sinowjew in allerdeutlichster Form jetzt gehört. Und ich muß schon sagen, daß wir es als Revolutionäre als unsere Pflicht betrachtet haben, weil wir die Gefahr in dieser Form sahen, darauf aufmerksam zu machen. Ich glaube auch, wäre der Genosse Sinowjew in Deutschland gewesen, er hätte keineswegs anders handeln können als wir, und hätte die Frage keineswegs anders beurteilt. Ich kann ja bei der kurzen Zeit, die mir zur Verfügung steht, auf die taktische Einstellung, auf die Vorgeschichte der Aktion nicht eingehen. Das werden wir in reichlicher Weise besorgen, wenn über die Frage der Taktik gesprochen wird.

Genossen, bei dieser Gelegenheit muß ich das eine sagen, daß es die Pflicht aller Delegationen ist, sich gegenseitig nicht etwas vorzumachen, zu übertreiben, sei es nach oben oder sei es nach unten, sondern hier muß klar, offen und ungeschminkt die Wahrheit ausgesprochen werden, damit die Lehren und Konsequenzen aus den Aktionen und Kämpfen, die in den verschiedenen Ländern stattfanden, gezogen werden können. Ich spreche das darum aus, weil Genosse Sinowjew erklärte, daß in Deutschland an den Märzkämpfen eine halbe Million Arbeiter beteiligt waren. Ich glaube, daß der Genosse Sinowjew und auch die Exekutive in dieser Richtung falsch informiert sind. Darum ist es jetzt, wo die deutschen Delegierten, die Zentrale und wir hier sind, unsere Aufgabe, in aller Klarheit festzustellen, welchen Umfang der Kampf in Deutschland angenommen hat. Auf diese Richtigstellung will ich mich heute beschränken, und wir haben später bei der Frage der Taktik die Einstellung und die Voraussetzungen weiter in Betracht zu ziehen, die dazu geführt haben.

Wie sieht es nun mit dem Umfang der Bewegung aus? Wie stand die Bewegung außerhalb des Kampfgebietes im gesamten übrigen Reich? Da stellen wir in erster Linie fest, daß in Schlesien, Ostpreußen, Pommern, Mecklenburg vom Generalstreik nichts zu sehen war. Wir stellen weiter fest, daß in dem gesamten Süddeutschland, Bayern, Württemberg, Baden ebenfalls von dieser Bewegung nichts zu spüren war. Ferner war im Bezirk Frankfurt am Main, Magdeburg, Anhalt und Hannover keine Spur vom Generalstreik. Was bleibt also noch übrig von Deutschland? Da ist in erster Linie das industrielle Sachsen mit seinem Millionenproletariat zu erwähnen. Hier müssen wir feststellen, daß bei den Kämpfen in diesem industriellen Sachsen nur kleine Gruppen aus einzelnen Betrieben, vielleicht zusammen einige tausend Arbeiter, in den Streik getreten sind. (Lärm und Widerspruch.) Und wie sahen die Dinge in Berlin, dem Zentrum der Industrie, wo der Sitz der deutschen Revolution ist, aus? In Berlin, wo die Arbeiter, ein Millionenheer von Arbeitern, nach dem November 1918 wiederholt den Beweis erbracht haben, daß sie große revolutionäre Kämpfe führen können, wo die Vereinigte Kommunistische Partei auf ihrem Vereinigungsparteitag 35 000 bis 4000 Mitglieder mustern konnte, wie sah es in diesem Berlin aus? Zirka 4000 bis 5000 Arbeiter haben sich an dem Streik beteiligt. (Lärm.) Genossen, das sind Tatsachen, die wir uns als Kommunisten nicht verschweigen dürfen. Wir müssen ganz klar die Situation erkennen, um die Konsequenzen aus den taktischen Voraussetzungen zu ziehen. Und warum sich der Kampf nicht auswirken konnte, darüber werden wir bei der Frage der Taktik ausführlich reden. Wir lassen uns in der Oppositionsstellung zur Zentrale, zu der Einstellung der Aktion von unserem ehrlichen proletarischen Empfinden leiten, daß wir für die Revolution das Beste wollen. Wie sah es in Rheinland-Westfalen aus? Im Ruhrgebiet, dem Kohlengebiet, dem wichtigsten Industriezentrum Deutschlands? Hier lagen die Dinge so, daß in den großen Werken von einem Streik nicht die Rede war, sondern höchstens in einem Teil der Schachtanlagen, und da kann man von einem Teil, vom 10 Prozent der Schachtanlagen, reden. Und auch in den Schachtanlagen fanden nur Teilstreiks statt, bis auf wenige Schächte, wo der Streik vollständig war. Aber, Genossen, auch dort war der Streik keineswegs ein allgemeiner zu nennen, sondern man ging an einem Tage aus dem Schacht heraus und am anderen Tage nahm man die Arbeit wieder auf. Es entstand, speziell im Ruhrgebiet sowie in anderen Teilen, durch diese Zerreißung der Arbeiterschaft ein Kampf der Arbeiter gegen Arbeiter. Und die Bezirksleitungen Rheinland und Westfalen sahen sich schon gegen den Willen der Zentrale am Mittwoch nach Ostern genötigt, den Kampf, die Parole des Generalstreiks, aufzugeben.

Wie lagen die Dinge an der Wasserkante? In Bremen und Bremerhaven traten wir einige Teilstreiks, die einige hundert Arbeiter umfaßten, zu verzeichnen. In Stettin, Kiel, überall haben wir keine Streiks gehabt. In Hamburg lagen die Dinge so, daß die dortige Bezirksleitung an die Hamburger Regierung ein Ultimatum stellte, in dem sie innerhalb dreier Tage die Entwaffnung der Staatspolizei, der Zipo und der Einwohner forderte, andernfalls sie in den Generalstreik treten würden.

Genossen! Ich lege darauf Wert, daß die ausländischen Genossen den Umfang der Bewegung der Märzaktion in Deutschland kennen lernen, von der so viel geredet wird, um nachher, bei der Frage der Taktik, im Einvernehmen mit diesem Silde zu der klaren Erkenntnis zu kommen, wie wir in Zukunft zu handeln haben.

Nun bleibt noch das eigentliche Kampfgebiet, Mitteldeutschland, übrig, daran anschließend der thüringische Bezirk. Mitteldeutschland, das war das Kampfgebiet, wo bei den Arbeitern die Provokation durch den Hörsingschen Einmarsch sichtbar in die Erscheinung trat. Hier haben wir zu verzeichnen, daß die Lenna-Werke mit 22 000 Arbeitern, die Kupferschieferbergwerke mit ungefähr 40 000 Arbeitern in den Kampf traten; aber, Genossen, wiederum nicht allgemein, sondern die, die die Dinge kennen, müssen feststellen und zugeben, daß in einem Ort geschossen wurde, während im anderen Ort des gleichen Distrikts gearbeitet und die Arbeiter von bewaffneten Truppen herausgeholt wurden. (Heiterkeit.) Das sind Feststellungen, die gemacht werden müssen. Die Zahl der in Mitteldeutschland am Streik Beteiligten kann dennoch auf 120 000 geschätzt werden. Weiter rechnen Sie die übrigen Zahlen dazu, dann können wir, wenn wir die Bewegung hoch einschätzen wollen, sagen, daß sich an dem Streik 200 000 bis 220 000 Arbeiter beteiligt haben. Das, Genosse Sinowjew, ist die objektive Darstellung der Dinge in Deutschland. Mag einer aus Berlin auftreten und das abstreiten, was hier erklärt wurde, mag einer von Königsberg, Ostpreußen oder anderen Gegenden die Dinge anders darstellen. Wir, die wir von unserem ehrlichen proletarischen Standpunkt aus auch die Revolution in Deutschland vorwärts treiben wollen (Lärm), wünschen, daß die Exekutive und der Kongreß die Dinge klar sehen, um zu der Erkenntnis zu kommen, daß unsere Zentrale sich von falschen Voraussetzungen hat leiten lassen. Ich bitte, von diesem Standpunkt aus die Dinge zu beurteilen. Das ist der Umfang, den die Märzaktion genommen hatte.

Das ist das Wesentliche, daß man die Dinge überstürzt hat, überhaupt die Sachen nicht auswirken ließ, daß man zum Kampf schritt, ehe überhaupt die brutale Provokation eines Hörsing bei den Arbeitern bekannt wurde.

Und dann zum Schluß noch eins. Wenn die Exekutive in einem Radio nach Deutschland den deutschen Arbeitern sagt: Ihr habt recht gehandelt, dann kann ich das verstehen, denn die Exekutive konnte einfach in dieser Situation, selbst wenn sie über alle Einzelheiten informiert gewesen wäre, nicht anders handeln. Daß aber Mitglieder der Zentrale, Parteifunktionäre, dazu übergehen und in Parteikreisen dieses Urteil der Exekutive bei der theoretischen Auseinandersetzung über die Richtigkeit ihrer Theorie benutzten, das kritisieren wir. Denn das war wirklich nicht die Absicht der Exekutive. Davon sind wir fest überzeugt.

Ueber diese Dinge, über die Lehren des Märzkampfes muß gesprochen werden, damit wir wirklich in Deutschland die wichtigen Fragen, die uns bevorstehen, vom revolutionären Standpunkt aus lösen können im Interesse der Revolution, im Interesse der Kommunistischen Internationale. (Beifall.)

Münzenberg (Vertreter der Jugendinternationale): Parteigenossen! Wir billigen die Haltung der Kommunistischen Internationale in der Frage Deutschlands. Ich muß schon sagen, der Genosse Malzahn hat eine komische Weise, Klarheit in die Frage der Märzaktion zu bringen. Wenn wirklich das Bestreben bei Malzahn vorhanden war, Klarheit zu schaffen, dann wüßte er so gut wie das jüngste Mitglied irgendeiner Jugendsektion, daß es nicht so sehr bei der Bewertung der Taktik und der ganzen Frage der Märzaktion darauf ankommt, wie weite Kreise mitgenommen wurden, sondern darauf, ob die Partei in jener Situation zum Kampfe aufrufen mußte, daß es nicht darauf ankommt, wie groß der Umfang war, sondern warum der Umfang nicht größer war. (Lebhafte Zustimmung.) Darum, lieber Genosse Malzahn, wird in der Diskussion durch andere Redner sehr rasch nachgewiesen werden, daß ein großer Teil der Schuld, der Verantwortung mit Recht jene alte durch Levi und seine Gruppe vertretene Einstellung der Passivität trägt. Darauf kommt es an.

Zwischenruf: Wo warst du?

Genosse Münzenberg: Wo war ich? Ich war damals in Berlin und habe mich der deutschen Zentrale zur Verfügung gestellt, es war zu der Zeit, wo wir den internationalen Kongreß vorbereiteten. Darauf, Genossen, kommt es in erster Linie an.

Wir glauben auch, daß die Frage der KAPD. nicht zu einer so schleppenden Krise geworden wäre, wenn schon früher die parlamentarische Fraktion der KP. nachdrucksvoll das durchgeführt hätte, was auf dem 2. Kongreß beschlossen wurde, nämlich die wirkliche revolutionäre Ausnützung des Parlaments. Wir sind überzeugt, daß die KAP. schon früher abgewirtschaftet hätte, wenn die VKP. das gewesen wäre, wozu sie jetzt in Entwicklung begriffen ist. (Zustimmung.)

Nun, Genossen, ich erkläre, die Jugendinternationale dokumentiert ihre völlige und einhellige Zustimmung zu der Politik der Exekutive auch noch dadurch, daß in der neuen bevorstehenden Regelung des Verhältnisses zwischen uns und der Kommunistischen Internationale erklärt wird, daß die Zeit vorüber ist, wo die Jugend gezwungen wird, wo sie die Möglichkeit hat, eine eigene selbständige politische Rolle zu spielen. Wir erklären in neuen Vorschlägen und Thesen, daß es die Aufgabe der Jugend in allen Ländern ist, wo wirklich revolutionäre kommunistische Parteien bestehen, sich den politischen Parolen dieser Parteien unterzuordnen. (Lebhafter Beifall.)

Und ich möchte noch eins sagen. Jetzt, wo wir klar erkennen, daß der Ruf: Los von Moskau, los vom Moskauer Diktat, eine Parole ist, unter der sich die Opportunisten sammeln, jetzt in dieser schwierigen Zeit, wo nur die kommunistische Partei Rußlands die Revolution Rußlands trägt und damit den Fortgang der ganzen Revolution garantiert, müssen wir gegen die Freunde von der KAPD. ganz scharf erklären: je mehr die kommunistische Partei Rußlands durch unsere Passivität, allein und mit den schwierigsten Mitteln zu kämpfen hat, um so heißer glüht unser Herz für diese Partei, um so größer ist unsere Begeisterung. Es kann für uns keinen Grund geben, unsere Genossen zu verraten und zu verkaufen, wo sie am schwierigsten stehen und zu Mitteln greifen müssen, die nach der KAPD. dem demokratischen Sozialismus und was weiß ich entsprechen.

Radek: Parteigenossen! Als Mitglied der Exekutive höre ich die Debatte über den Bericht mit wachsendem Erstaunen und mit einer gewissen Herzerleichterung. Nach alledem, was ich über das unheilvolle Wirken der Exekutive gelesen habe, erwarte ich, daß einer nach dem anderen von den Genossen aus Westeuropa Mitteleuropa und anderen mit Westeuropa verbundenen Ländern, wenn auch Orientländern, auftreten werden (Heiterkeit), und daß sie die Sünden der Exekutive aufzählen und alle von uns gemachten Fehler hier vor dem Kongreß Revue passieren lassen werden, um zu erklären, mit diesem Schwindel, mit dieser Wolfsschlucht wollen wir nichts zu tun haben. (Heiterkeit.) Statt dessen, Parteigenossen, sehen wir, daß die Debatte einstweilen herumplätschert um die schlechten Buben von der KAPD., die uns vorwerfen, wir seien schlecht und die sich gegen unsere Schläge wehren. Es sprechen hier zwei Genossen von der KAPD., die auf eine besondere Forderung der Opposition in der VKPD. hierherkommen und hier mit den Sünden des Exekutivkomitees abrechnen sollen: primo: daß er Putsche in Westeuropa anzettelt, secundo: daß er eine unerhörte Diktatur übt und nichts anderes als eine Schreckenszeit, eine außerordentliche Kommission, ist, um die Worte unseres früheren Genossen Levi zu gebrauchen.

Von allen diesen Anklagen habe ich nichts gehört. Genosse Neumann befindet sich in der irrtümlichen Ueberzeugung, daß er von seinen Auftraggebern nach Moskau gesandt worden ist, um über die KAP.-Frage zu diskutieren, und Genosse Malzahn erklärt, er habe recht gehandelt, als er gesagt hat nach dem „bakunistischen" Putsch: Ihr habt Unrecht gehabt. In dieser Situation müssen wir euch sagen, es gibt ein russisches Sprichwort: diese Rammer wird so ohne weiteres nicht vorübergehen. Wenn Ihr nicht kritisiert, so werden wir Fragen stellen. Ich werde die Genossen Neumann und Malzahn fragen, die hier auf dem internationalen Kongreß auftreten, nachdem sie zusammen mit Levi behauptet haben, daß es ein bakunistischer Putsch gewesen sei, ja wir fragen sie jetzt, war es ein bakunistischer Putsch oder war es ein Klassenkampf, nicht von einer halben Million, so doch von 200 000 Arbeitern, diese Ziffer hörten wir heute. Ueber die Ziffer möge die deutsche Delegation mit ihnen streiten. Ich frage nur, war es ein bakunistischer Putsch oder nicht, und wenn es kein bakunistischer Putsch war, was haben sie dort getan, als mit ihrem Namen gedeckt, Levi den Bannfluch gegen die deutsche Partei schleuderte, als er das Ansehen der Exekutive vor den westeuropäischen Arbeitern mit Füßen trat, als er die Exekutive als eine Hand voll gewissenloser Abenteurer darstellte. Nicht um die Exekutive handelt es sich. Die Vorwürfe eines Levi, der für die proletarische Revolution noch in keinem Schützengraben gelegen ist, reichen nicht an die Exekutive heran. Aber Ihr, Genossen, Ihr seid Proletarier, Ihr wollt Mitglieder der Kommunistischen Partei bleiben, und da sage ich Euch: so leicht nimmt man sich die Sache nicht. Man geht nicht monatelang solidarisch mit Levi in einem derartigen Kampf gegen die Internationale und die eigene Partei durch dick und dünn und kommt dann später hierher, um mit uns freundschaftlich zu sprechen. In der KAP.-Frage habt Ihr Recht gehabt, und es waren nur 200 000 Arbeiter. So geht es nicht. So geht es nicht, Genosse Malzahn! (Lebhafter Beifall.)

Malzahn: In 10 Minuten habe ich nicht über alle Fragen sprechen können.

Radek: Gen. Malzahn! Ihre erste Pflicht wäre es gewesen, zu sagen: wir haben einen politischen Fehler begangen, als wir uns mit Levi solidarisch erklärt haben. Das wäre Ihre erste Pflicht gewesen. (Beifall.) Gen. Malzahn sagte, ja, Sinowjew selbst hat die Offensivtheorie für dumm bezeichnet. Das sagte die Exekutive den blutenden deutschen Arbeitern, die nicht in einer Offensive geschlagen worden sind, sondern in der Verteidigung ihrer Haltung, als von Hörsing überfallen worden sind. Wir hatten damals die Pflicht, zu sagen, die Offensivtheorie ist falsch. Aber, werter Genosse Malzahn! Ich habe die Resolution, die Gen. Klara Zetkin in der Zentralausschußsitzung, — einen Monat nach den Kämpfen — am 7. April vorgelegt hat und was sagt sie über die Offensive? Sie sagt folgendes: „Die Notwendigkeit einer gesteigerten Aktivität der VKPD., ihrer Offensive und Aktion war in der wirtschaftlichen, der innen- und außenpolitischen Lage gegeben. Auch die Möglichkeit dafür war vorhanden".

Nun, Parteigenossen, das ist das. Da hätten Sie, Gen. Malzahn, die Gelegenheit gehabt, darüber zu sprechen. Einstweilen stellte ich die Tatsache fest, daß die Genossin Zetkin, wenn es eine Sünde, ein Fehler war, auf dem Boden der Offensive zu stehen, auf dem ich keinen einzigen Tag gestanden bin, mitgesündigt hat. Wenn Ihr uns, die wir die Offensive nicht gemacht haben, vorwerft daß wir die deutsche Zentrale nicht gerügt haben, so sagen wir: Wir mußten auch andere Genossen rügen. Wenn jetzt nicht nur die Genossen, die aus der Zentrale ausgetreten sind, sondern auch die Gen. Zetkin anderer Meinung ist, daß die Offensivtaktik überhaupt nicht bindend sein könne, so darf uns das nicht freuen, Gen. Malzahn, der im Namen der erwähnten Richtung hier auftritt, soll daher nicht auf die Genossen Thalheimer und Fröhlich herumhacken, daß sie die „Teufel" der Offensivtheorie sind. Diese Theorie wurde von Euch allen angenommen.

Wir werden über diese Dinge bei der Debatte über die Taktik meritorisch sprechen. Aber dann müssen wir klaren Tisch machen, dann müssen wir hier (von Euch) hören, was Ihr darüber sagt, daß der Bericht der Exekutive den Ausschluß Levis gutheißt. Wie stellt Ihr Euch dazu? Denn Levi hatte vollkommen recht, als er in seiner Rede im Zentralausschuß sagte:

„Genosse Piek sagte, sachlich wollen wir über die Märzaktion nicht sprechen. Es handelt sich einzig und allein um den „Disziplinbruch". Und ich sage, es handelt sich allein um die Frage, ist die Märzaktion richtig? Dann gehöre ich herausgeworfen. Oder aber ist die Märzaktion ein Fehler, wie ich und viele meiner Freunde glauben, dann gehören die anderen heraus." Jetzt wird von Eurer Seite schon kein Wort über den bakunistischen Putsch gesagt. Bitte schön, verehrte Genossen, das geht nicht. Führt jetzt eine klare Sprache. Es soll ja hier über den Bericht der Exekutive entschieden werden, die den Ausschluß Levis gebilligt hat oder nicht. Genossen! Wir haben bei der Verhandlung des Berichtes verschiedene Fragen zu erörtern. Es wird eine ganze Anzahl Genossen sprechen und ich werde sie bitten, daß sie konkret Stellung nehmen zur italienischen Frage. Wir haben hier die Vertretung der sozialistischen Partei Italiens. Es ist von großer Bedeutung, daß sie auch von uns hören wird, was wir darüber denken. Hier, bei der italienischen Frage, fällt die Entscheidung über die ganze Taktik, die wir im vorigen Jahre eingeschlagen haben.

Sinowjew hat in seiner Rede gezeigt: die Richtung ist auf die Massen eingestellt, aber gleichzeitig haben wir in Livorno gesagt, wir wollen nicht Massenparteien unter allen Umständen. Die Scheidemannspartei ist doch auch eine Massenpartei und die Labour Party in England ist auch eine Massenpartei. Wir wollen revolutionäre Massenparteien. Und die Genossen, die gesagt haben in Livorno habe — unter dieser Losung sind fünf Genossen aus der Zentrale der deutschen Partei ausgetreten — die Exekutive bewiesen, daß sie den Weg zur Sekte betreten hat, diese Genossen haben jetzt die Pflicht, nach all dem Material, das über die Serrativpartei, über ihre Taktik, über ihre Entwicklung von Moskau nach Amsterdam vorgebracht wurde, hier zu sagen, welche sektenhafte Politik wir der italienischen Partei gegenüber getrieben haben. Entweder mit uns oder Turati! Haben wir in Livorno nicht im Einklang mit den Beschlüssen des zweiten Kongresses gehandelt, der uns den Weg gezeigt hat zu der revolutionären Massenpartei, haben wir in Livorno schlecht gehandelt, so auch in Halle. (Lebhafte Zustimmung.) Dann hätten wir in Halle die Pflicht gehabt, auch Hilferding und Dittmann aufzunehmen, hinter denen noch größere Massen stehen als hinter Serrati und seiner Gruppe.

Genossen, eine Fülle von Fragen steht vor uns, die noch gar nicht berührt worden sind, die Frage der Politik der französischen kommunistischen Partei, die Lage auf dem Balkan und der dortigen Parteien. Die Exekutive und das Präsidium haben mit Absicht die Diskussion über den Bericht der Exekutive abgesondert von der Diskussion über die Taktik, damit es nicht den Anschein erwecken soll, daß wir irgend welche Verantwortung fürchten, der Kritik aus dem Wege gehen wollen. Was die Exekutive getan hat, war das Minimum dessen, was wir tun wollten. Wir hatten zu schlechte Verbindungen mit den einzelnen Parteien, aber darüber, was die Exekutive getan hat, sollt Ihr hier diskutieren, nicht im allgemeinen, sondern konkret Punkt um Punkt. Entweder Ihr gebt uns Eure Zustimmung oder nicht. Denn der Weg, den die Exekutive in Zukunft zu gehen gedenkt, ist derselbe wie bisher und er bedeutet: Kampf gegen alle zentristischen und halbzentristischen Tendenzen in der Internationale, Disziplinierung der kommunistischen Parteien zu einheitlichen Kampfparteien und gleichzeitig Kampf gegen jeden Versuch, die kommunistischen Massenparteien auf Kosten ihres Massencharakters zu verfrühtem Losschlagen zu veranlassen. (Lebh. Beifall.) Hier muß der Kongreß Stellung nehmen zu all diesen Fragen.